

GENDER BUDGETING IN KLOSTERNEUBURG

Projekt zur Einleitung eines Gender Budgeting
Prozesses auf Gemeinde-Ebene
2006-2007

Autorinnen: Marion Breiter und Elisabeth Klatzer

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Marion Breiter
Koordination: Martina Enzmann – Frauenstadträtin in Klosterneuburg
Workshopleitung: Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer

Finanziert durch: Gesellschaft für politische Bildung (www.politischebildung.at)



Martina Enzmann: VORWORT	3
Elisabeth Klatzer: WAS IST GENDER BUDGETING?	4
Marion Breiter: ERGEBNISSE DES PROJEKTES – „GENDER BUDGETING IN KLOSTERNEUBURG“	7
1 Frauen und Männer in Klosterneuburg	9
2 Frauen und Männer in politischen Funktionen und Führungspositionen der Gemeindeverwaltung	20
3 Kinderbetreuungsangebote	23
4 Kultur und Freizeit: Musikschule Klosterneuburg	29
5 Armutsgefährdung, Notsituationen, Gewalt gegen Frauen	30
6 Subventionsvergabe an Vereine	35
7 Mobilität und Verkehr	38
8 Kranken- und Altenbetreuung	41
ZUSAMMENFASSUNG	484
DIE PROJEKT-VERANTWORTLICHEN	48
LITERATUR UND LINKS	49

FRAUEN + POLITIK = FRAUENPOLITIK?

Diese Rechnung würde in Klosterneuburg zu einem traurigen Ergebnis führen, wenn man bedenkt, dass seit 1955 lediglich zwei Frauen in der Stadtregierung vertreten waren. Erna Blasel (SPÖ) war von 1987 bis 2000 Stadträtin. Mit der Gemeinderatsperiode 2005 ist durch die Grünen Klosterneuburgs wieder eine Frau (in meiner Person) in die höchsten politischen Reihen der Stadtregierung aufgestiegen.

Durch die Schaffung eines eigenen Frauenreferates (samt eigenem, wenn auch kleinem Budget und Frauenpreis) sind nun erstmals in unserer Stadt die Möglichkeiten gegeben, noch mehr aktive Frauenpolitik zu gestalten.

Innerhalb der Stadtverwaltung ist man seit dem Jahr 2000 durch den Beschluss des Gemeinderates dem „Frauenförderungsprogramm“ verpflichtet. Eine Koordinatorin für Gleichbehandlung und Frauenförderung wurde eingesetzt (Kammerrätin Brigitte Adler, Obfrau ZPV), im Zwei-Jahres-Rhythmus werden die Daten zur Bediensteten-Struktur erfasst. In dem vom Bund ausgeschriebenen Wettbewerb „Frauen- und Familienfreundlichster Betrieb“ gingen die Stadtgemeinde 2000 und das gemeindeeigene Krankenhaus 2001 in der Kategorie „Öffentlich-rechtliche Unternehmen“ als Sieger hervor. Die Stadt als Arbeitsgeber hat also durchaus Vorbildwirkung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Als Beitrag zu einer neuen aktiven Frauenpolitik über die Stadtverwaltung hinaus wurde im November 2006 ein Gender Budgeting Projekt gestartet. Unterstützt von fast allen politischen Fraktionen des Gemeinderates und der Stadtgemeinde. In der nun vorliegenden Broschüre ist umfangreiches Datenmaterial zur Situation von Frauen in Klosterneuburg enthalten, alle Lebensbereiche umfassend, von Bevölkerungsstatistik über Kinderbetreuung, Vereinsleben und auch soziale Agenden.

Zahlreiche darin enthaltene Verbesserungsvorschläge sind zwar nicht immer direkt auf Gemeindeebene umsetzbar, da ja auch die Landes- und Bundesvorgaben einzuhalten sind. Aber für manche künftige budgetpolitische Entscheidungen können in dieser Dokumentation neue Ansätze gefunden werden, um die Lebenssituation von Frauen in unserer Stadt weiter zu verbessern.

Abschließend möchte ich allen danken, die zur Realisierung dieses Projektes beigetragen haben, vor allem den TeilnehmerInnen für ihre aktive Mitarbeit in den Workshops. Mein Dank gilt auch Elisabeth Klatzer für die vielen inhaltlichen Impulse und die kompetente Workshopleitung, Marion Breiter vom Institut SOFIA für die Dokumentation und die engagierte wissenschaftliche Begleitung des Projekts, sowie der Gesellschaft für politische Bildung, die das Projekt finanziert hat, und der Stadtgemeinde Klosterneuburg für die Unterstützung.

Martina Enzmann
Stadträtin für Frauen, Familie, Schule und Kindergärten in Klosterneuburg

Elisabeth Klatzer: WAS IST GENDER BUDGETING?

Öffentliche Budgets stellen ein Kernelement politischen Handelns dar, sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landes- und Bundesebene. Budgets sind in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Sie spiegeln die gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse wider, und damit auch die Geschlechterverhältnisse. In den Budgets und in der Verteilung öffentlicher Gelder zeigt sich, ob politische Projekte nur Lippenbekenntnisse sind oder tatsächlich Prioritäten, die sich auch in entsprechender finanzieller Ausstattung zeigen.

Vor diesem Hintergrund ist es für frauen- und gleichstellungspolitische Anliegen wichtig, sich dem Budget zuzuwenden. Es geht darum, Gleichstellungs- und Frauenpolitik vom Rand ins Zentrum politischen Handelns zu bringen. Ein Instrument dazu bietet Gender Budgeting.

Gender Budgeting wird mit „Geschlechtergerechte Budgetgestaltung“ sehr treffend übersetzt. Damit kommt einerseits die grundlegende Zielsetzung von Gender Budgeting, Geschlechtergerechtigkeit bzw. tatsächliche Gleichstellung, sehr deutlich zum Ausdruck. Andererseits wird mit dem Begriff „Budgetgestaltung“ deutlich, dass es um aktives Eingreifen, um Veränderung der budgetpolitischen Prioritäten geht.

Der aus dem englischen kommende Begriff „Gender“ bezieht sich im Gegensatz zum biologischen Geschlecht (englisch „sex“) darauf, dass Geschlecht und Geschlechterverhältnisse vor allem gesellschaftlich geprägt sind. So ist es beispielsweise zwar durch das biologische Geschlecht vorgegeben, dass Frauen Kinder bekommen, aber die oft noch vorherrschende Auffassung, dass primär Frauen für die Kinderbetreuung zuständig sind, hat nichts mit dem biologischen Geschlecht zu tun, sondern mit den herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen und Normen. Die vielfältigen gesellschaftlichen Zuschreibungen, Normen sowie Rollen- und Arbeitsteilungen etc., die sich im Laufe der Entwicklung und Geschichte ändern, werden durch den Begriff „Gender“ erfasst.

Gender Budgeting ist nun ein Instrument, um die Frage der Geschlechterverhältnisse in die Budget- und Finanzpolitik zu integrieren. Ansatzpunkt ist das Anliegen, dass gesellschaftliche Ungleichheiten zwischen Geschlechtern in der Budgetpolitik berücksichtigt werden. Die Budgetpolitik soll – unter anderem – im Dienste einer Verringerung der Ungleichheiten eingesetzt werden. Das Ziel ist nicht Gleichheit im Sinne von Gleichmacherei, sondern Gleichstellung, das heißt, Frauen und Männer sowie Mädchen und Buben sollen ihre persönlichen Fähigkeiten frei entwickeln und freie Entscheidungen treffen können, ohne durch strikte geschlechtsspezifische Rollen eingeschränkt zu werden. Die unterschiedlichen Verhaltensweisen, Ziele und Bedürfnisse von Frauen und Männern werden in gleicher Weise berücksichtigt, anerkannt und gefördert.

Ansatzpunkte für Gender Budgeting sind sowohl die Budgetprozesse, wie budgetpolitische Entscheidungen zustande kommen, als auch die Inhalte des Budgets. Als ein Kern von Gender Budgeting bedarf es einer geschlechterdifferenzierten Analyse der budgetpolitischen Entscheidungsprozesse und der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sowie der zugrunde liegenden Politiken.

Im Rahmen des Budgetzyklus können sowohl die Budgetplanung, als auch –entscheidungsfindung, Durchführung und nachprüfende Kontrolle Anknüpfungspunkte für Gender Budgeting sein. Idealerweise werden Gleichstellungsgesichtspunkte in allen Phasen des Budgetprozesses mitberücksichtigt. Um so weit zu kommen, bedarf es zunächst einer schrittweisen Annäherung an die Frage, was Gleichstellung und Budgets miteinander zu tun haben. Dabei ist ein schrittweises Vorgehen hilfreich:

1. Klärung der Ausgangssituation
2. Klärung der Gleichstellungsziele
3. Durchführung der gendersensiblen Analysen von Budgets und Politiken
4. Einbeziehung der Bevölkerung in den Budgetprozess
5. Geschlechtergerechte Umgestaltung der Budgets
6. Periodische Überprüfung der Fortschritte

Die Klärung der Ausgangssituation ist ein ganz wesentlicher erster Schritt. Dabei wird zunächst folgender Frage nachgegangen: Wie sieht die Lebenssituation von Frauen/Mädchen und Männern/Buben aus, welche – evt. unterschiedlichen – Interessen und Bedürfnisse haben sie? Dazu bedarf es möglichst detaillierter Informationen und geschlechts-spezifisch aufgeschlüsselter Daten. Im Rahmen der Workshopreihe in Klosterneuburg wurde diesem ersten Schritt besonders viel Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei kam klar zu Tage, dass die nötigen Daten oft nicht vorhanden sind, sondern erst entsprechend zusammengestellt, ausgewertet oder gar erst erhoben werden müssen. Oft wird es erst aufbauend auf der Situationsanalyse möglich sein, die Gleichstellungsziele in den einzelnen Politikbereichen in ausreichender Konkretheit zu formulieren.

Im dritten Schritt, der gendersensiblen Analyse, kommen verschiedene Methoden zur Anwendung, um zu analysieren, wie Budgets bzw. bestimmte Politiken unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer – bzw. bestimmte Gruppen von Frauen und Männern – haben. Dabei stehen folgende Aspekte im Vordergrund:

- Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen
- Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen und Zahlungen
- Wirkungen auf die unbezahlte Arbeit
- Anreizwirkungen von Budgetpolitik

Im Gemeindebudget gibt es mehrere Anknüpfungspunkte für Gender Budgeting. Zunächst können die einzelnen Einnahmen und Ausgabentitel in bezug auf ihre geschlechterdifferenzierten Auswirkungen untersucht werden. Dazu können sowohl die Budget-Voranschläge als auch die Rechnungsabschlüsse herangezogen werden. Vielfach werden die Budgetdokumente alleine allerdings nicht ausreichend sein, da die Unterlagen sehr technisch abgefasst sind und praktisch keine Auskunft über die zugrunde liegenden Politiken geben. Bei den Ausgaben können zunächst die Personalausgaben analysiert werden. Dabei ist von besonderem Interesse, wie viele Männer und Frauen in welchen Positionen zu welchen Bedingungen in der Gemeinde arbeiten und welche Einkommen sie erzielen.

Unter den einzelnen Ausgabenkategorien können in einem ersten Schritt einzelne herausgegriffen werden, beispielsweise die Subventionen. Bei den Subventionen wäre zunächst die Frage zu stellen, wem fließen die öffentlichen Subventionen zu, Frauen oder Männern. Auch wenn es nicht personenbezogene Subventionen sind, sondern an Vereine oder andere Organisationen gehen, kann diese Frage sinnvoll sein, wenn weiter nachgeforscht wird, wer beispielsweise in den Vereinen aktiv ist oder wie viele Frauen/Mädchen bzw. Buben/Männer die Angebote der Vereine in Anspruch nehmen. In einem ersten Blick auf das Gemeindebudget fällt auf, dass es einen ordentlichen und außerordentlichen Haushalt gibt. Während im ordentlichen Haushalt die durch laufende Einnahmen gedeckten Ausgaben enthalten sind, weist der außerordentliche Haushalt jene Projekte aus, die besonderer Finanzierung bedürfen, zumeist größere Projekte. Es lohnt sich also ein Blick auf die Liste der Vorhaben im Rahmen des außerordentlichen Haushaltes, einige davon könnten sich als interessante Anknüpfungspunkte für eine geschlechtersensible Analyse erweisen.

Die Initiative in Klosterneuburg, im Rahmen derer im Rahmen mehrerer Workshops erste Schritte in Richtung Gender Budgeting begangen wurden, stellt eine gute Basis für weitere Arbeiten dar. Im Rahmen der oben genannten 6 Schritte wurde in dieser ersten Phase vor allem Schritt 1, die Klärung der Ausgangssituation, bearbeitet. Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse dieser Arbeiten zusammen, und zeigt damit viele Ansatzpunkte für weitere Arbeiten auf. Es ist ganz wichtig, zu verstehen, dass Gender Budgeting ein längerfristiger Prozess und keine einmalige Angelegenheit ist. Selbst diese mehrteilige Workshopreihe unter engagierter Mitarbeit von MitarbeiterInnen der Gemeinde, Politikerinnen und weiterer Interessierter hat erst Grundsteine gelegt. Es bedarf nunmehr des Engagements der politischen EntscheidungsträgerInnen, um die weiteren Schritte in Gang zu bringen und Gender Budgeting tatsächlich auch in der Gemeindepolitik zu etablieren und in die Budgetpolitik zu integrieren.

Klosterneuburg hat mit diesem Projekt eine Vorreiterrolle eingenommen und kann mit weiteren Arbeiten Fundamente aufbauen, die weiter über die Gemeinde hinaus von Bedeutung sein könnten. Mit der Reform des Haushaltsrechts auf Bundesebene sind derzeit auch Änderungen der Bundesverfassung geplant. Unter anderem die Einführung eines neuen Passus in der Bundesverfassung (Artikel 13, Absatz 3), der besagt: „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustre-

ben.“ Das bedeutet eine Verpflichtung zur Durchführung von Gender Budgeting, was in den Erläuterungen zu diesem Rechtstext auch deutlich zum Ausdruck kommt. Das Projekt in Klosterneuburg kommt also zur rechten Zeit. Es geht jetzt nur darum, dass der begonnene Faden weitergesponnen wird und die Anregungen aus diesem Pilotprojekt aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Mit entsprechendem Engagement und ausreichenden Ressourcen kann Gender Budgeting im Gemeindebudget in einer Pilotphase weiterentwickelt werden und anschließend bald ins regelmäßige politische und administrative Handeln der Gemeinde einfließen.

**Marion Breiter:
ERGEBNISSE DES PROJEKTES
„GENDER BUDGETING IN KLOSTERNEUBURG“**

Das Gender Budgeting-Projekt in Klosterneuburg ist eine gemeinsame Initiative der Projektleiterin Marion Breiter und der Organisatorin Frauenstadträtin Martina Enzmann. Koordiniert wurde das parteiübergreifende Projekt durch das Forschungsinstitut SOFIA, finanziert durch die „Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“. Workshopleiterin, Referentin und Konsulentin war Elisabeth Klatzer, eine Expertin für Gender Budgeting.

Das Projekt startete im November 2006. Nach einem gut besuchten Einführungsvortrag fand im Rathaus Klosterneuburg der 1. Workshop für lokale EntscheidungsträgerInnen statt. 13 Personen - 12 Frauen und ein Mann - nahmen am Workshop teil. Die TeilnehmerInnen waren Gemeinderätinnen bzw. Mitglieder der Grünen, der ÖVP, der Bürgerinitiative PUK und der FAPO, leitende BeamtInnen der Klosterneuburger Stadtverwaltung, eine Schuldirektorin sowie Vertreterinnen aus sozialen Einrichtungen und interessierte Bürgerinnen. Sie widmeten sich engagiert und konstruktiv der Frage, wie Gender Budgeting-Ansätze in die Praxis übertragen werden können, welche Informationen gesammelt und welche Arbeitsschritte bis zum nächsten Workshop im März 2007 konkret umgesetzt werden sollten.

Im 2. Workshop im März 2007 wurden die gesammelten Daten und Informationen zur sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation von Frauen und Männern in Klosterneuburg vorgestellt und ergänzt. Es zeigte sich, dass die Daten zum Teil in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragen werden mussten, aber eine wichtige Grundlage für die weiteren Arbeiten darstellen. Möglichkeiten der Gemeinde zur geschlechtergerechten Budgetgestaltung wurden diskutiert.

Der 3. Workshop im Juni 2007 diente der Zusammenschau aller Informationen, der Formulierung von Empfehlungen und der Planung der Präsentation sowie Überlegungen für weitere Schritte und zukünftige Perspektiven. Die Ergebnisse wurden von der Projektleiterin zusammengefasst.

Die engagierte Mitarbeit der Workshop-TeilnehmerInnen und die gute Zusammenarbeit der Projekt-Verantwortlichen haben wesentlich dazu beigetragen, dass ein erster Überblick über die Situation von Frauen und Männern in Klosterneuburg sowie Informationen über einige für Gender Budgeting relevante Themenbereiche zusammengestellt werden konnten.

Folgende Personen haben an den Workshops teilgenommen:

Mag. ^a Elisabeth BEER	Ökonomin
Dr. ⁱⁿ Marion BREITER	Projektleiterin, Institut SOFIA
Andrea BÖHM	Gemeindeverwaltung, Leiterin des Schulreferat
Prof. Dipl.Ing. Dr. ⁱⁿ Maria EDER	HTL-Prof. ⁱⁿ und FH-Doz. ⁱⁿ , ÖVP
Martina ENZMANN	Grüne Stadträtin
Eva Maria FEISTAUER	Grüne Gemeinderätin
Eva GASTINGER	Gemeindeverwaltung, Sozialreferat
Lydia HAUK	Volksschule Hermannstraße, Direktorin
Lisa PRÖGLHÖF	PUK (BürgerInneninitiative „Plattform unser Klosterneuburg), Gemeinderätin
Elisabeth SCHLERITH	ÖVP, Gemeinderätin
Günther SCHWARZ	Gemeindeverwaltung: Kontrollamtsleiter
Barbara VITOVEC	Gemeinderätin
Mag. ^a Ingrid WASTL	Beraterin, Familien- und Frauenberatungsstelle Klosterneuburg

Ziel des Projektes ist es, weitere Gender Budgeting Projekte in Klosterneuburg anzuregen und einen Sensibilisierungsprozess in Gang setzen.

Die Ergebnisse des Projekts werden am 21. November 2007 im Rathaus Klosterneuburg präsentiert. Erste Ergebnisse wurden von der Projektleiterin auch im Rahmen einer internationalen Tagung zum Thema „Einkommensgerechtigkeit“ in Triest im Juni 2007 vorgestellt.

Die Dokumentation der Projekt-Ergebnisse ist als Download auf der Website www.institut-sofia.at verfügbar.

EVALUATION

Nach jedem Workshop füllten die Teilnehmerinnen einen Evaluationsbogen aus. Abschließend wurden die Teilnehmerinnen zur Bewertung des Gesamt-Projektes befragt. Sie bewerteten einzelne Aspekte der Workshops und des Projektes auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 einen sehr schlechten und 10 einen sehr guten Wert bedeutet. Demnach fiel die Evaluation sehr positiv aus:

Tabelle 1: Bewertungsaspekte der Evaluierung
 *10 = beste Bewertung

Bewertungsaspekte der Evaluierung	Punkte*
fachliche Kompetenz der Referentin Elisabeth Klatzer	9,6
fachliche Kompetenz der Projektleiterin Marion Breiter	9,4
Koordination und Organisation des Workshops	8,9
Arbeitsklima in der Gruppe	8,9
Koordination der Unterlagen und erarbeiteten Informationen	8,4
Anregungen für weitere Arbeit	8,4
Informationswert des Workshops	8,1

QUALITATIVE BEWERTUNG DER WORKSHOPS DURCH DIE TEILNEHMERINNEN IM EVALUIERUNGSBOGEN

Besonders wichtige Themen und Erkenntnisse

- Detail-Informationen über Klosterneuburg wie Demographie sowie Einblick in die politischen Institutionen und Positionen der politischen Parteien und zur Beteiligung von Frauen in der Politik und der Verwaltung
- Es wurde eine Fülle von Informationsmaterial/ Statistiken über die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern in Klosterneuburg (Erwerbstätigkeit, Mobilitätsverhalten, Alterspyramide, ...) von der Workshop- und Projektleitung „verständlich“ zusammengefasst, bzw. ausgearbeitet, so dass ein guter Überblick über eben diese teilweise sehr unterschiedliche Situation der Frauen und Männer in unserer Gemeinde gewonnen werden konnte.
- Eine erste kritische Durchsicht der verfügbaren Daten hinsichtlich Geschlechterverhältnisse.
- Themen wie Familie und Kinder
- Die Analyse der Frau/ Mann- Situation in unserer Gemeinde an Hand der von der BeamtInnenschaft zur Verfügung gestellten Unterlagen und Statistiken.
- Das Sichtbarmachen des Ungleichgewichtes in Entscheidungsprozessen, gegeben durch das Ungleichgewicht der Geschlechter im Gemeinderat (Ausschüssen) und in der Verwaltung (Abteilungsleiter)
- Besonders wichtige Erkenntnis: der politische Wille zu Veränderung dieses Ungleichgewichtes ist notwendig, um das Gemeindebudget geschlechtergerecht zu gestalten.

Welche Aspekte/ Themen fehlten?

- Mehr Zeit um zentrale politische Forderungen bzw. Schlussfolgerungen als Ergebnis des Gesamtprojektes gemeinsam zu erarbeiten.
- Detaillierte Diskussion über die Zusammensetzung des Gemeindebudget; Zeit zur umfassenden Diskussion.

- Es gab zu wenig Material zum Thema unbezahlte Arbeit, die ja zum Großteil von Frauen geleistet wird.

Was wurde besonders positiv bewertet?

- Die ergebnisorientierte Arbeitsweise, auch wenn dafür wenig Zeit war sowie die Initiative aller Beteiligten
- Die Kompetenz der Referentinnen und die Zusammenarbeit. Das Thema an sich.
- Es wurde von allen TeilnehmerInnen erkannt, dass ein Ungleichgewicht bei den politischen Entscheidungsträgern und bei den gehobenen Verwaltungsposten besteht.
- Wichtig fand ich, dass uns reichhaltiges Material über den Ist-Zustand in Klosterneuburg zur Verfügung gestellt wurde, ich glaube wir alle haben dadurch erkannt wie viel zu verändern wäre. Wenn dieses Projekt der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat vorgestellt wird, werden auch die Männer an Hand der Zahlen und Fakten, die in diesem Projekt analysiert wurden, vielleicht dazu angeregt die inhaltliche Gestaltung des Gemeindebudgets zu überdenken.
- Es hat Spaß gemacht!

Kritik, Vorschläge und Anregungen

- Ich rege an, dass das Gender-Thema in Klosterneuburg weiter diskutiert wird, auch in einem größerem Rahmen; dass WIR „dran bleiben“.
- Keine, es war alles OK.
- Ich befürchte, dass der politische Wille zur Veränderung nicht vorhanden ist.

In den folgenden Kapiteln werden die Ergebnisse der Datensammlung dargestellt und teils mit gesamt-österreichischen Daten und Studien verglichen bzw. ergänzt.

1 FRAUEN UND MÄNNER IN KLOSTERNEUBURG

Ziel: Überblick gewinnen über die Lebenssituation Frauen und Männern, die in Klosterneuburg ihren Hauptwohnsitz haben

Die Mehrheit der Klosterneuburger Wohnbevölkerung ist weiblich. Laut Volkszählung 2001 wohnen in Klosterneuburg 24.797 Personen, davon **53% Frauen und 47% Männer**.

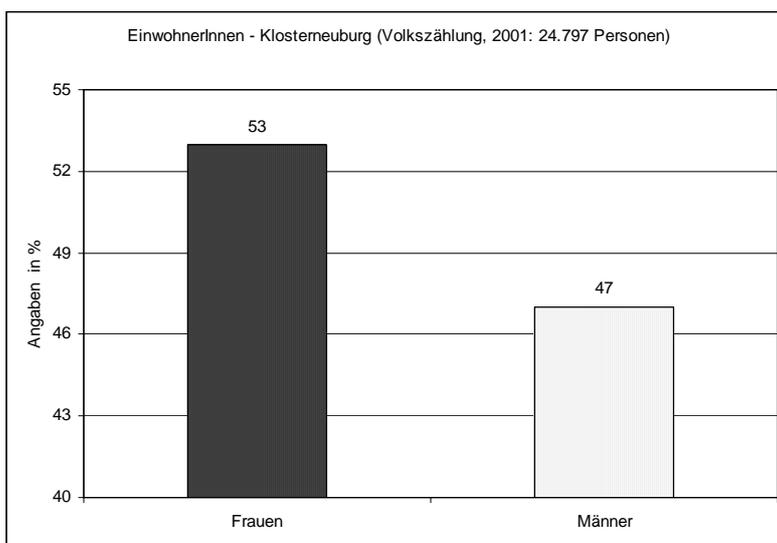


Abbildung 1: Wohnbevölkerung in Klosterneuburg – Prozentanteil von Frauen und Männern
Quelle: Statistik Austria, Volkszählung 2001

Aus der Statistik des Meldeamts Klosterneuburg geht hervor, dass im Jahr 2006 die Wohnbevölkerung etwas größer geworden ist: 25.280 Personen haben 2006 ihren Hauptwohnsitz in Klosterneuburg, davon 13.291 Frauen (52,58%) und 11.989 Männer (47,42%).

Tabelle 2: Alter von Frauen und Männern in Klosterneuburg
Quelle: Statistik des Meldeamts Klosterneuburg 2006

Altersverteilung	W	M	InländerInnen	AusländerInnen	Gesamt
100+ Jahre	3	-	3	-	3
90-99 Jahre	219	42	255	6	261
80-89 Jahre	923	391	1.282	32	1.314
70-79 Jahre	1.028	833	1.796	65	1.861
60-69 Jahre	1.903	1.786	3.521	168	3.689
50-59 Jahre	1.614	1.483	2.801	296	3.097
40-49 Jahre	2.101	1.975	3.666	410	4.076
30-39 Jahre	1.834	1.605	2.997	442	3.439
20-29 Jahre	1.116	1.164	1.960	320	2.280
10-19 Jahre	1.319	1.394	2.509	204	2.713
0-9 Jahre	1.231	1.316	2.329	218	2.547
Gesamt	13.291	11.989	23.119	2.161	25.280

Die entsprechende Alterspyramide von Frauen und Männern in Klosterneuburg sieht folgendermaßen aus (im untersten Bereich die 0-9jährigen, ganz oben die über 100jährigen):

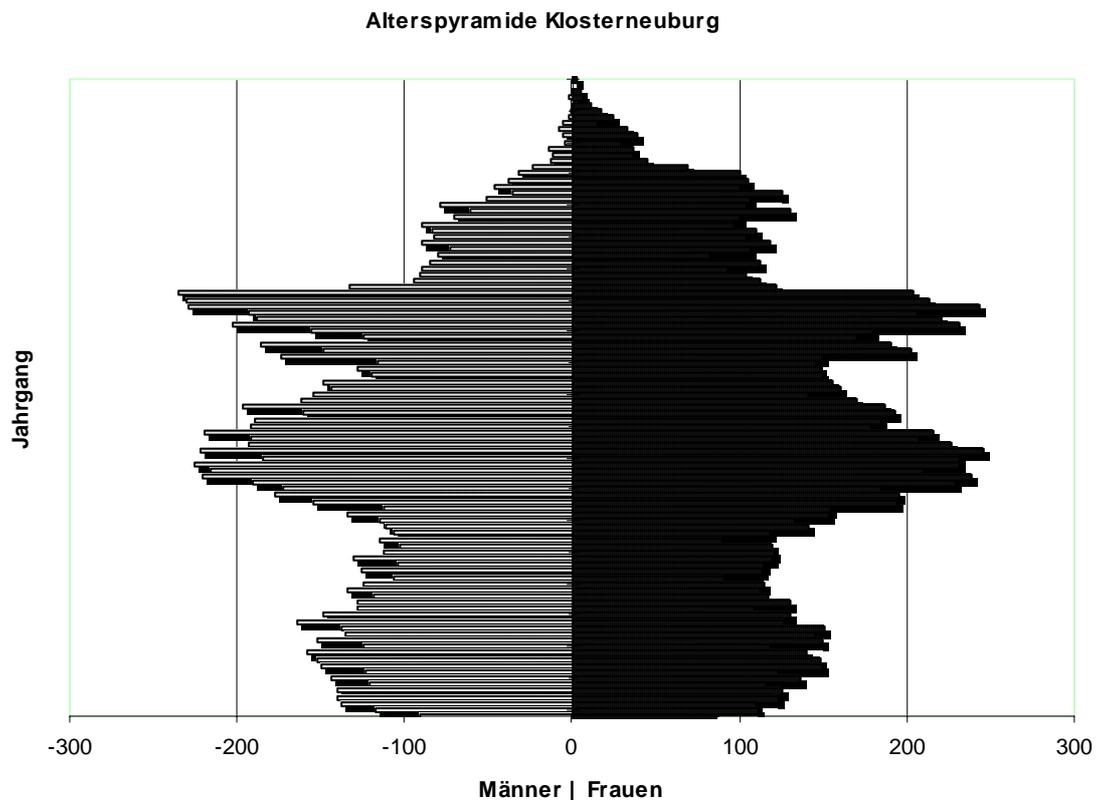


Abbildung 2: Alterspyramide in Klosterneuburg
 Quelle: Statistik des Meldeamts Klosterneuburg 2006

Auffällige Unterschiede in der Altersverteilung von Frauen und Männern bestehen in den Altersgruppen ab 70, besonders jedoch ab 80 Jahren. In der Gruppe der über 80jährigen Menschen gibt es aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung wesentlich mehr Frauen als Männer. Das stellt im Hinblick auf örtliche Betreuungseinrichtungen und Verkehrsplanung eine Herausforderung dar, auf die in den Kapiteln Mobilität und Verkehr sowie Alten- und Krankenbetreuung näher eingegangen wird.

FAMILIENSTAND DER WOHNBEVÖLKERUNG VON KLOSTERNEUBURG

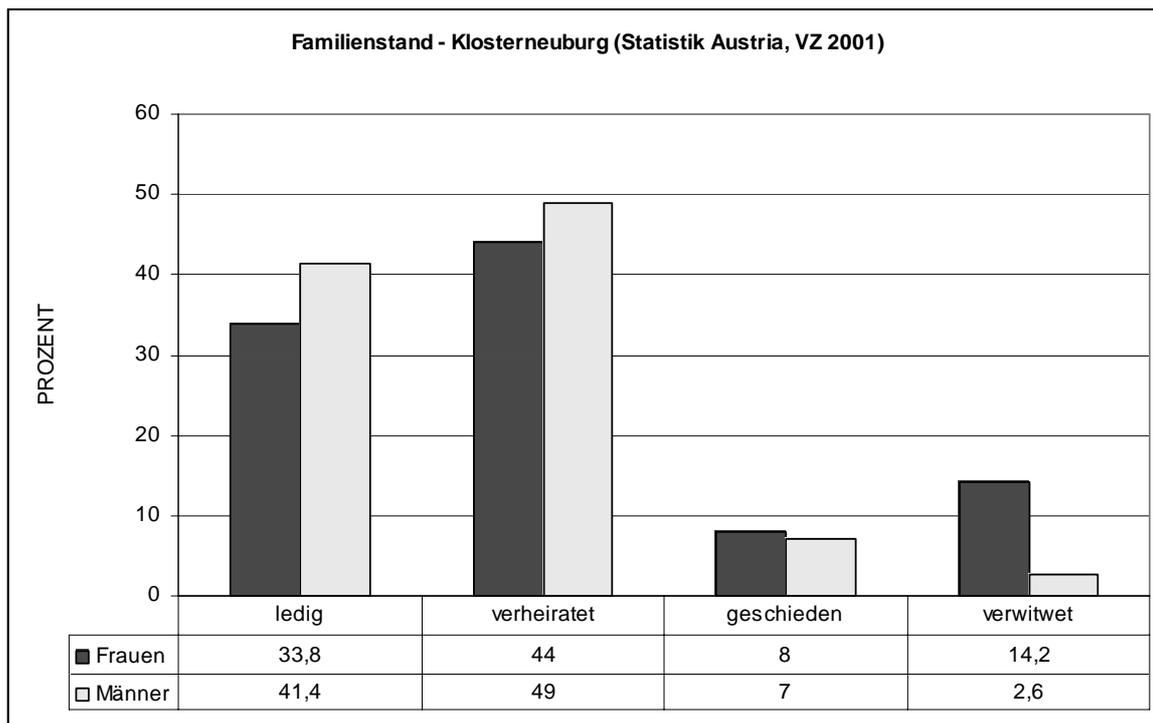


Abbildung 3: Familienstand von Frauen und Männern in Klosterneuburg
 Quelle: Statistik Austria VZ¹ 2001, Angaben in %

Männer sind häufiger ledig oder verheiratet, Frauen hingegen sind – aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung – häufiger verwitwet als Männer.

¹ VZ = Volkszählung

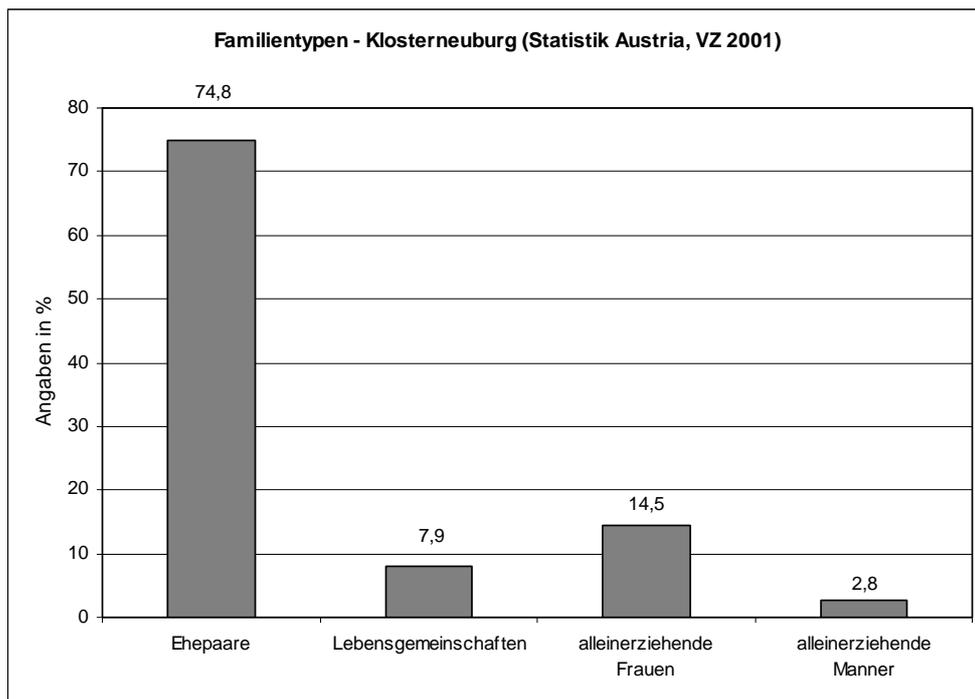


Abbildung 4: Familientypen in Klosterneuburg
 Quelle: Statistik Austria, VZ 2001, Angaben in %

In Klosterneuburg leben gemäß Volkszählung 2001 insgesamt 2.488 Familien. Zirka 40% der Familien haben keine Kinder, 36% der Familien ein Kind, und ca. 20% der Familien zwei Kinder. Drei oder mehr Kinder haben 4% der Familien. Nach dem häufigsten Familientypus „Ehe“ bilden alleinerziehende Frauen mit Kindern die zweitgrößte Gruppe innerhalb der Familientypen in Klosterneuburg.

Die Situation von Alleinerziehenden hat sich jedoch in ganz Österreich im Lauf der letzten 10 Jahre verschlechtert²: sie sind trotz hoher Erwerbsbeteiligung immer stärker von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet und gehören zu den „Working poor“ – arm trotz Arbeit. 1995 lag die Armutsrate von AlleinerzieherInnen in Österreich bei 14%, 2003 war jedoch bereits jede dritte Person (31%) in einem AlleinerzieherInnen-Haushalt armutsgefährdet³. Es kann angenommen werden, dass diese Entwicklung auch auf Klosterneuburg zutrifft.

Auch die in Klosterneuburg lebenden AlleinerzieherInnen brauchen demnach Unterstützung – vor allem durch zeitlich flexible Kinderbetreuungsangebote, die ihnen eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen.

² Quelle: AK-Frauenbericht 1995-2005.

³ Wegen der Änderung der statistischen Erhebungsart sind diese angeführten Werte nicht direkt vergleichbar, die allgemeine Tendenz ist jedoch klar ersichtlich.

BILDUNG DER WOHNBEVÖLKERUNG VON KLOSTERNEUBURG

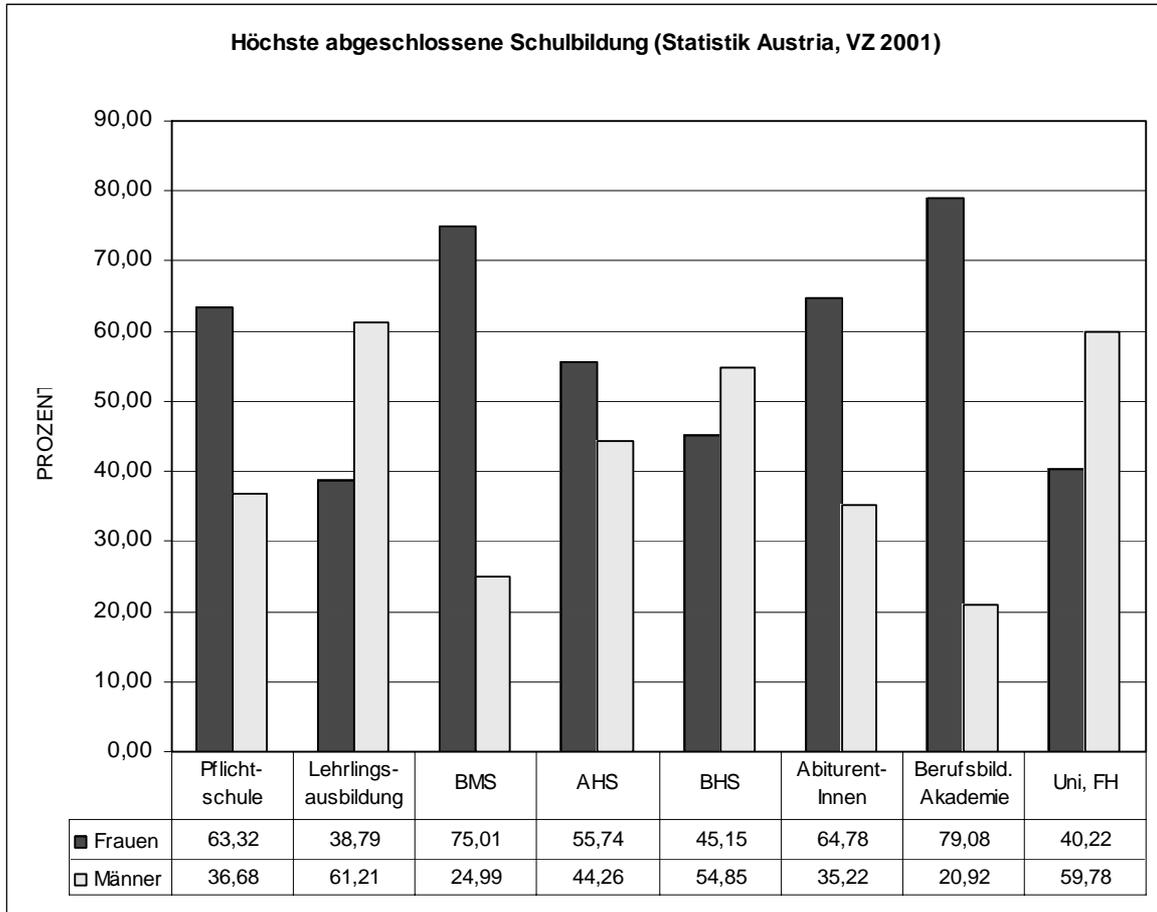


Abbildung 5: Höchste abgeschlossene Schulbildung
 Quelle: Statistik Austria, VZ 2001, Angaben in %

Männer verfügen in Klosterneuburg häufiger als Frauen über einen Universitätsabschluss bzw. über einen Lehrabschluss oder den Abschluss einer berufsbildenden höheren Schule. Frauen hingegen haben häufiger eine Akademie absolviert- besonders häufig eine pädagogische Akademie oder einen AbiturientInnen-Lehrgang. Öfter als Männer haben sie eine allgemein bildende Höhere Schule oder mittlere berufsbildende Schulen besucht oder aber lediglich eine Pflichtschule.

Diese Relationen entsprechen ungefähr dem österreichischen Durchschnitt. Dank der Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte besuchen heute etwa gleich viele junge Frauen wie Männer höhere Schulen, Universitäten oder Fachhochschulen. Problematisch ist jedoch, dass es immer noch mehr Frauen als Männer gibt, die nur einen Pflichtschulabschluss aufweisen. Ihre Chancen am Arbeitsmarkt sind dadurch besonders gering.

Um für Frauen bessere Qualifikations-Möglichkeiten und Berufschancen zu schaffen, sind Angebote zur Unterstützung von Mädchen bei ihrer Berufsorientierung – vor allem zur Motivation für nicht traditionelle Frauenberufe und eine breiteres Berufswahl-Spektrum - und zur Weiterbildung von Frauen notwendig. Durch gendersensible Pädagogik können die Interessen von Mädchen und Buben auch für nicht „geschlechtstypische“ Berufe gefördert werden.

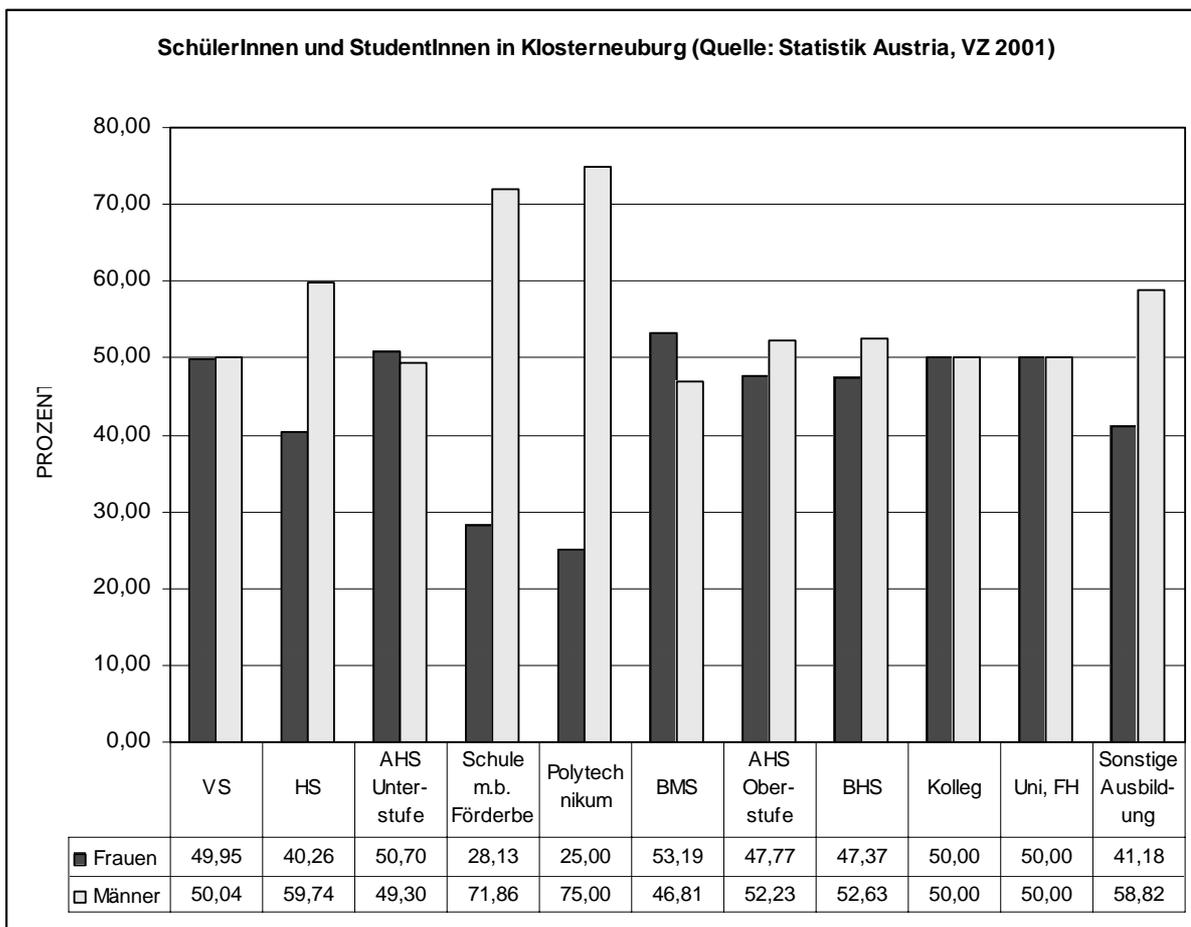


Abbildung 6: SchülerInnen und StudentInnen in Klosterneuburg
 Quelle: Statistik Austria, VZ 2001, Angaben in %

LEBENSUNTERHALT IN DER AMS-REGION TULLN

Die Nähe zu Wien begünstigt die AMS-Region Tulln, zu der auch Klosterneuburg gehört. Eine Statistik speziell zur Klosterneuburger Situation gibt es nicht.

Die Erwerbsquote von Frauen ist in der Region Tulln beinahe so hoch wie in Wien. Der Unterschied zur Erwerbstätigkeit von Männern – der „Gender Gap“ – ist also höher als in Wien, aber niedriger als im Bundesland Niederösterreich.

Tabelle 3: Erwerbsquote von Frauen und Männern im Vergleich
 Quelle: AMS Österreich

Erwerbsquote ⁴ 2006				
Region	w	m	Gesamt	Gender Gap
Tulln ⁵	76,2	84,1	80,4	-7,91
NÖ	73,8	82,2	78,3	-8,43
Wien	76,8	83,3	80,1	-6,53
Österreich	72,0	82,1	77,3	-10,08

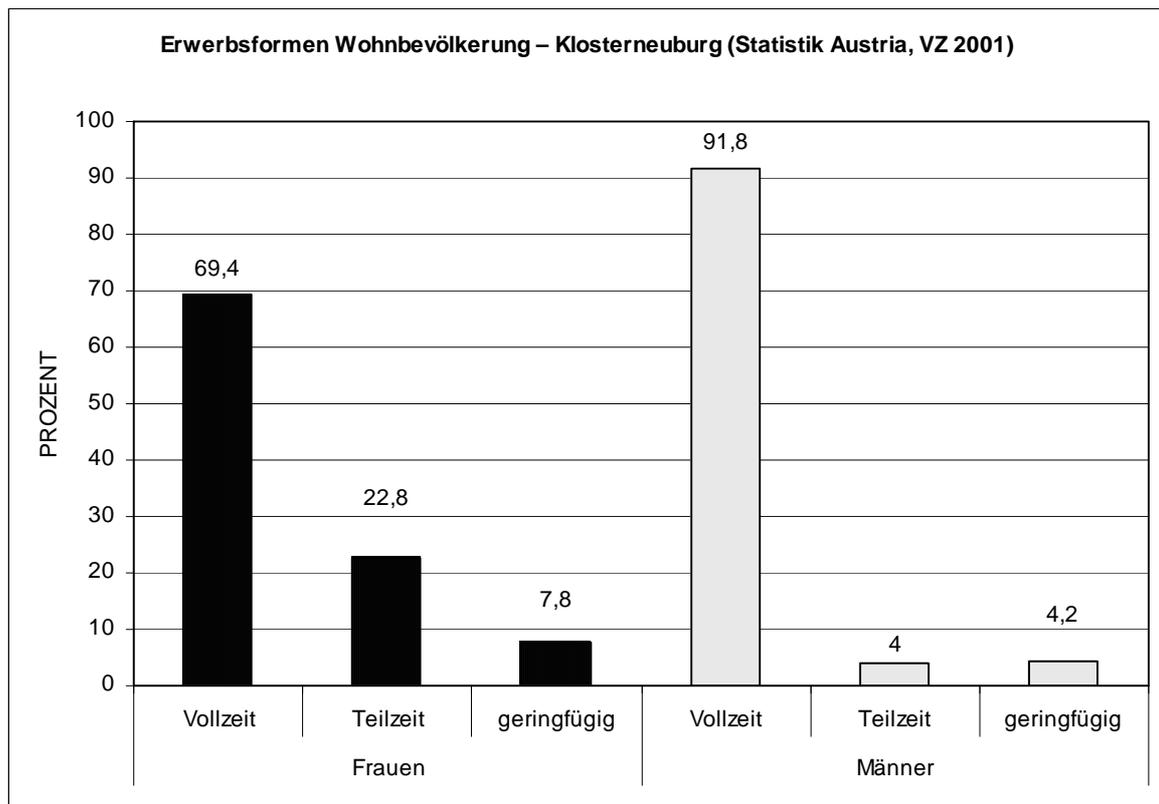


Abbildung 7: Erwerbsformen der Wohnbevölkerung in Klosterneuburg
 Quelle: Statistik Austria, VZ 2001, Angaben in %

In Klosterneuburg – ebenso wie in ganz Österreich – hat fast jede 3. Frau, jedoch nur jeder 12. Mann, einen Teilzeit-Arbeitsplatz bzw. eine geringfügige Beschäftigung. Das hängt mit der Hauptverantwortung von Frauen für Familien- und Hausarbeit zusammen. Das Problem bei dieser Form der Arbeitsteilung ist die hohe Abhängigkeit vom erwerbstätigen Ehemann und im Scheidungsfall die hohe Armutsgefährdung, ebenso wie eine geringe Pension und somit auch eine hohe Armutsgefährdung im Alter. Dabei geht es nicht um Einzelfälle: in Niederösterreich wurde 2006 fast jede 2. Ehe geschieden, die Scheidungsrate betrug 48,22%⁶.

⁴ Erwerbsquote = Prozentanteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d.h. Frauen zwischen 15-60 Jahren, Männer zwischen 15 und 65 Jahren. Auch Arbeitslose, NotstandshilfeempfängerInnen und Personen in Karenz sind einbezogen.

⁵ Klosterneuburg ist für das Arbeitsmarktservice (AMS) Teil der Region Tulln, eine eigene AMS Statistik nur für Klosterneuburg gibt es nicht.

⁶ Quelle: Statistik Austria, 2001.

EINKOMMENSDIFFERENZ ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN IN ÖSTERREICH

Die Lohn- und Gehaltsentwicklung von Frauen ist in den letzten 10 Jahren in ganz Österreich weniger günstig ausgefallen als bei Männern – vor allem bei Einkommen im unteren Bereich. Die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern hat sich vergrößert. 2005 kamen laut Statistik Austria vollbeschäftigte österreichische Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt nur auf 78% des Einkommens von Männern. Jeder 4. Mann verdient mehr als die meisten erwerbstätigen Frauen (90%)⁷.

Diese Einkommensdifferenz wird vor allem durch 5 Faktoren erklärt

- Hauptverantwortung von Frauen für unbezahlte Familienarbeit – Betreuung von Kindern, alten und kranken Angehörigen, Hausarbeit
- Teilzeitarbeit von Frauen (die jedoch gerade wegen der ungleichen Verteilung der Familienarbeit und der damit verbundenen hohen Belastung auch von Frauen selbst häufig gewünscht wird)
- die „gläserne Decke“, an die Frauen im Lauf ihres Berufslebens stoßen und die sie an der Ausübung von besser bezahlten Führungspositionen hindert
- niedrigere Entlohnung von typischen Frauentätigkeiten
- Diskriminierung

ERWERBSTÄTIGKEIT VON FRAUEN UND MÄNNERN IN DER AMS-REGION TULLN

Die folgenden Zahlen zur Erwerbstätigkeit stammen vom Arbeitsmarktservice, aus der Region Tulln, zu der auch Klosterneuburg gehört. Eine eigene Klosterneuburger Statistik gibt es nicht. Allerdings kann angenommen werden, dass die Erwerbssituation in Klosterneuburg aufgrund der Nähe zu Wien insgesamt günstiger ist als in den weiter entfernt gelegenen ländlicheren Gemeinden in der Umgebung von Tulln.

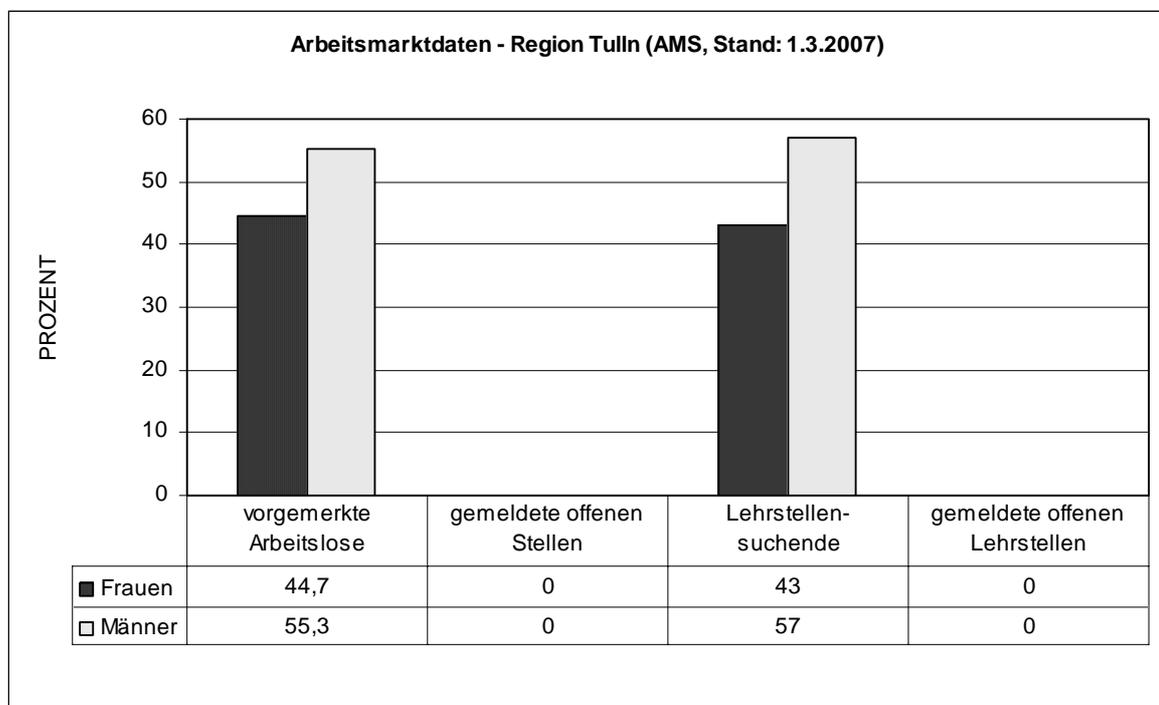


Abbildung 8: Arbeitsmarktdaten – AMS-Region Tulln
 Quelle: AMS Österreich, Stand: 1.3.2007, Angaben in %

⁷ Quelle: AK-Frauenbericht 1995 bis 2005.

Da Frauen in geringerem Ausmaß als Männer erwerbstätig sind, ist ihr Anteil an arbeitslosen Personen geringer. Die Arbeitslosenquote von Frauen ist jedoch höher als die von Männern – in Niederösterreich beträgt sie per 1. März 2007 bei Frauen 3,4% und bei Männern 3,1%⁸.

Aus der nächsten Abbildung geht hervor, dass es zwar insgesamt weniger arbeitslose Personen gibt als im Vorjahr, dass die Arbeitsmarktsituation für Frauen sich jedoch nicht so stark verbessert hat wie die für Männer: die Arbeitslosigkeit von Frauen wurde im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr in wesentlich geringerem Ausmaß reduziert als die der Männer.

Auch bei der Höhe der Arbeitslosenunterstützung schneiden Frauen wesentlich schlechter ab als Männer – sie erhalten im Durchschnitt pro Tag 20,40 Euro, Männer hingegen 25,10 Euro. Die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung von Frauen liegt damit sogar unter der Armutsschwelle (siehe Abbildung 10, S. 18)

Besonders problematisch ist, dass sich diese geschlechtsspezifische Form der Einkommensdifferenz von Jahr zu Jahr vergrößert: die Höhe des Tagsatzes ist bei Frauen im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 1,14% gestiegen, bei Männern um 1,9% (siehe Abbildung 11, S. 18).

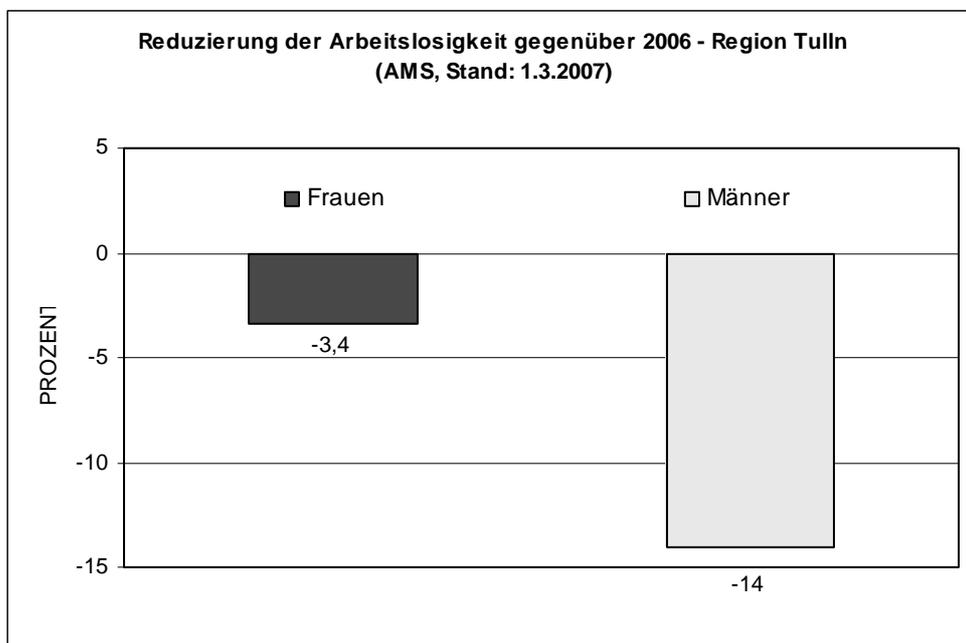


Abbildung 9: Reduzierung der Arbeitslosigkeit in der Region Tulln gegenüber 2006
Quelle: AMS, Stand: 1.3.2007, Angaben in %

⁸ Quelle: Statistik Austria, 2001.

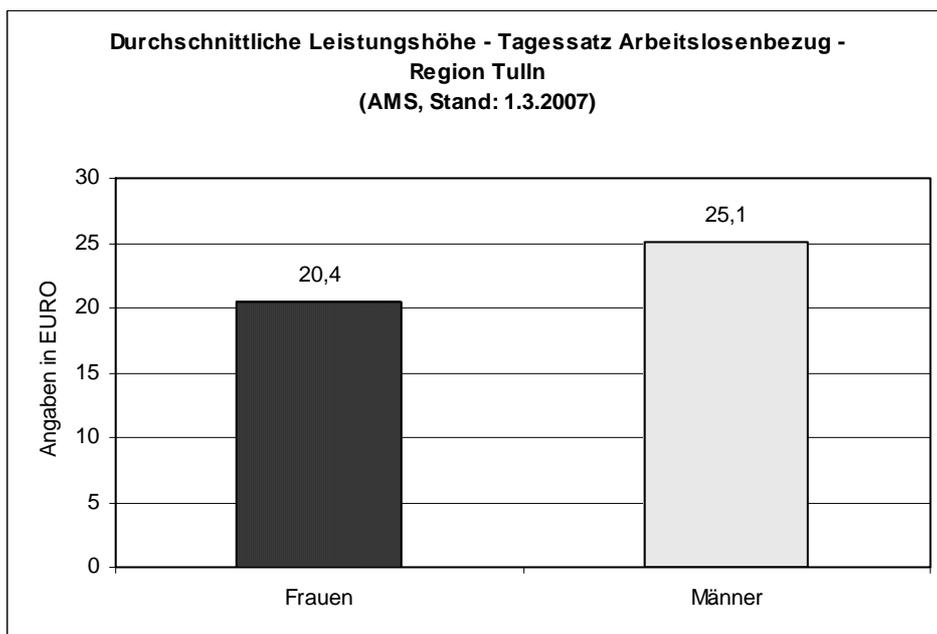


Abbildung 10: Durchschnittliche Leistungshöhe – Tagessatz Arbeitslosenbezug - Region Tulln
Quelle: AMS, Stand: 1.3.2007, Angaben in EURO

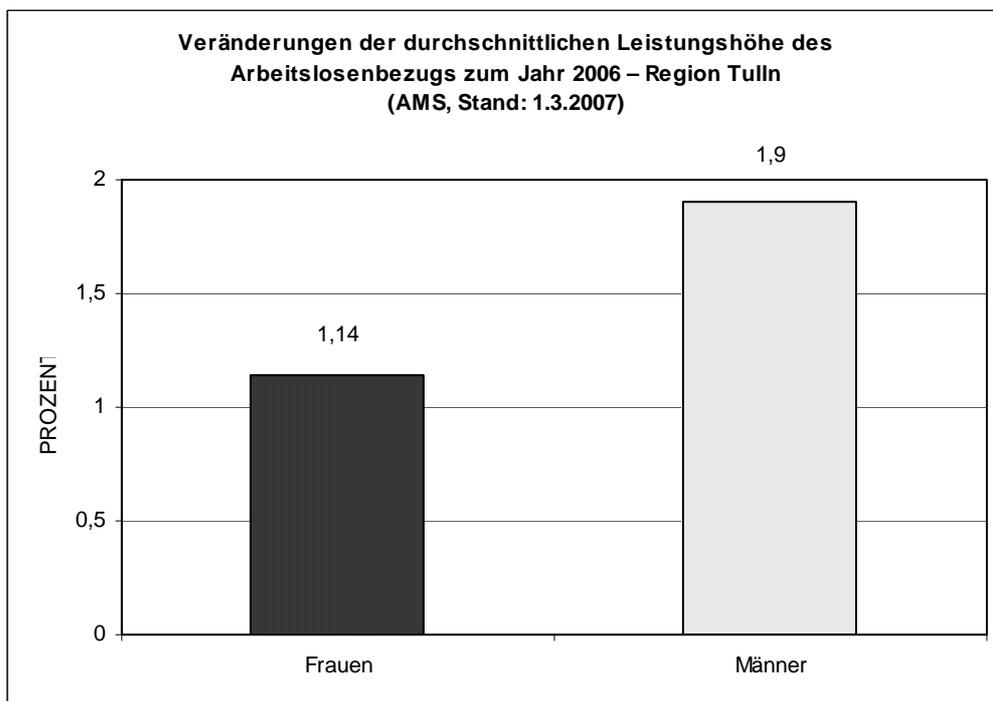


Abbildung 11: Veränderungen der durchschnittlichen Leistungshöhe des Arbeitslosenbezugs – Region Tulln
Quelle: AMS, Stand: 1.3.2007, Angaben in %

WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IM BERUFSLEBEN TUN?

Das Datenmaterial zeigt, dass tendenziell besonders junge Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Problematik liegt zwar nicht grundsätzlich im Einflussbereich der Gemeinde, doch diese kann durch der Vergabe und Finanzierung von Aufträgen steuern - sofern dies nicht durch des Bundesvergabegesetz geregelt ist - sowie durch das Setzen von Prioritäten:

- So wurde etwa in der Gender Budgeting-Analyse Wien Meidling⁹ festgestellt, dass die meisten Ausgaben im Bereich Hoch- und Tiefbau angesiedelt sind, und dass dadurch hauptsächlich Arbeitsplätze von Männern gefördert werden. Zusätzliche Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich hingegen schaffen vor allem Frauen-Arbeitsplätze. Und sie bringen sogar meist mehr Geld ein als sie kosten, das ergab z.B. eine Kosten-Nutzen-Analyse einer Kindertagesstätte in Deutschland, die 2002 von der Universität Bielefeld durchgeführt wurde: bei Einrechnung der Sozialversicherungs- und Steuerbeiträge der erwerbstätigen Mütter und des Personals der Kindertagesstätte sowie der eingesparten Ausgaben für Sozialhilfeleistungen erzielt jeder investierte Euro etwa 3,8 Euro Ertrag.¹⁰

Darüber hinaus besteht auch ein indirekter Zusammenhang mit dem Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten:

- Ausbau von zeitlich flexiblen und leistbaren¹¹ Betreuungsangebote für Kinder jeden Alters, Jugendliche, Alte und Kranke – da deren Betreuung immer noch vor allem „Frauensache“ ist. Dadurch würden außerdem mehrheitlich Arbeitsplätze für Frauen geschaffen, was der höheren Arbeitslosigkeit von Frauen entgegenwirkt.

Auch im Rahmen der Gemeindeverwaltung und in gemeindeeigenen Betrieben können Maßnahmen gesetzt werden:

- Förderung von Frauen in besser bezahlten Bereichen und in Führungspositionen (derzeit gibt es in Klosterneuburg ca. 32% Frauen in mittleren Führungspositionen und keine einzige Frau in einer der fünf Top-Positionen der Verwaltung)
- Möglichkeit der Teilzeitarbeit auch in Führungspositionen (dies ist in der Gemeindeverwaltung möglich)
- Förderung von Teilzeitarbeit und Eltern-Karenzphasen auch für Männer (in der Gemeindeverwaltung gibt es beispielsweise einen Referatsleiter, der Teilzeit arbeitet)
- Verstärkte Unterstützung des Umstiegs von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit

⁹ Irene Berlach-Pobitzer/ Marietta Schneider: Die Grünen Frauen Budget Arbeitsgruppe Gendergerechtigkeit: Engendering Budgets – Geschlechtergerechtigkeit durch öffentliche Haushaltspolitik fördern. 1. Analysen zu Wiener Bezirksbudgets. Wien 2004.

¹⁰ Kathrin Bock-Famulla: Volkswirtschaftler Nutzen von Kindertagesstätten. Gutachten im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW/Berlin), Universität Bielefeld. (Zitiert in: Vortrag von Prof. Dr. Helga Krüger, Universität Bremen, für FORBA, Wien 2007)

¹¹ In Bezug auf Kinderbetreuung sind damit vor allem günstige Möglichkeiten außerhalb der derzeit möglichen Zeiten zwischen 7.00h und 17.00h gemeint sowie für Kinder unter drei Jahren.

FRAUEN UND MÄNNER IN POLITISCHEN FUNKTIONEN UND FÜHRUNGSPOSITIONEN DER GEMEINDEVERWALTUNG KLOSTERNEUBURG

BETEILIGUNG AN BUDGETPROZESSEN UND AN ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Frauen in politischen Entscheidungspositionen sind in Klosterneuburg eine Ausnahmerecheinung!

Es gibt in Klosterneuburg 12 Stadträte, elf von ihnen sind Männer. Derzeit gibt es nur eine Stadträtin - sie ist insgesamt die zweite weibliche Stadträtin in Klosterneuburg. Gleichzeitig ist sie heute die einzige Ausschuss-Vorsitzende.

Alle gemeindepolitischen Führungspositionen sind mit Männern besetzt - Bürgermeister, Vizebürgermeister und sechs Ortsvorsteher.

Tabelle 4: Politische Entscheidungspositionen in Klosterneuburg

	Gesamt	M	F	%-Anteil Frauen	Anmerkung zu Frauen in Ausschüssen
Bürgermeister	1	1	0	0	
Vizebürgermeister	1	1	0	0	
StadträtInnen	12	11	1	7%	
Ortsvorsteher	6	6	0	0	
Ausschüsse VorsitzendeR	14	13	1	7%	Familien, Frauen, Schulen und Kindergärten
Ausschüsse stv. VorsitzendeR	14	13	1	7%	Gesundheit, Soziales und Einsatzorganisationen
GemeinderätInnen	41	33	9	21,95%	

Frauen in Gemeinderats-Ausschüssen

Insgesamt gibt es im Klosterneuburger Gemeinderat 14 themenspezifische Ausschüsse. Generell hat jeder Ausschuss sechs Mitglieder, nur im Prüfungsausschuss sind neun Mitglieder.

Wie bereits oben beschrieben, wird nur ein einziger der 14 Ausschüsse von einer Frau – der einzigen Stadträtin - geleitet, und in einem weiteren gibt es eine weibliche Stellvertreterin des Vorsitzenden.

Nur drei der 14 Ausschüsse erreichen bzw. übersteigen den Frauenanteil im Gemeinderat.

In drei Ausschüssen, darunter auch im für Gender Budgeting besonders wichtigen Finanz-Ausschuss, befindet sich keine einzige Frau.

Insgesamt sind an knapp 80% der Ausschüsse keine oder nur eine Frau beteiligt (in 11 von 14 Ausschüssen).

Tabelle 5: Frauenanteil in Ausschüssen in Klosterneuburg

	Anzahl d. Ausschüsse	Frauenanteil	Ausschüsse
Ausschüsse	14		
Ausschüsse ohne Frauen	3	0%	Finanzen ; Hoch- und Tiefbau; Verwaltung; Organisation und Umweltschutz
1 Frau als Mitglied	8	17% bzw. 11% (Prüfungsausschuss)	
2 Frauen als Mitglied	1	33%	Kultur, Bildung, Wissenschaft und Jugend
Parität	2	50%	Familien, Frauen, Schulen und Kindergärten, Gesundheit und Soziales

Die Aufstellung zeigt, dass in allen gemeindepolitischen Funktionen Klosterneuburgs ein massives Ungleichgewicht zu ungunsten von Frauen besteht: **Frauen sind extrem unterrepräsentiert.**

EMPFEHLUNG

Im Sinne von Gender Budgeting und einer Einflussnahme von Frauen auf das Gemeindebudget ist es notwendig, den Anteil von Frauen in allen gemeindepolitischen Funktionen zu erhöhen:

- mindestens eine Frau in jedem Ausschuss des Gemeinderats, vor allem im Finanz-Ausschuss
- mehr Frauen in den Stadtrat

WIE KÖNNTE DER FRAUEN-ANTEIL IN ALLEN GEMEINDEPOLITISCHEN FUNKTIONEN ERHÖHT WERDEN?

- Positive Beispiele von politisch aktiven Frauen verbreiten
- Frauen als Gemeinderätinnen „anwerben“, etwa durch Seminare speziell für Frauen und Mädchen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, zu folgenden Themen:
 - Wie kann ich in der Gemeinde etwas verändern?
 - Welche Aufgaben haben GemeinderätInnen?
 - Wie werde ich Gemeinderätin?
 - Welche Aufgaben haben Ausschüsse?
 - Wie lese ich das Gemeindebudget?
- Seminare für Frauen als Führungskräfte
- Meinungen von Frauen ernst nehmen
- Angebot von Gemeinschaft und Zugehörigkeit
- Frauennetzwerke stärken

WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG VON GENDER BUDGETING TUN?

Empfehlung der Gender Budgeting Arbeitsgruppe: Einsetzung eines Frauenbeirats

Dieser Beirat soll außerhalb der Gemeindeverwaltung angesiedelt sein und soll sich – etwa nach dem Beispiel der Gemeinde Mödling - aus Gemeinderätinnen aller Parteien bzw. Fraktionen sowie Vertreterinnen der Sozialpartnerschaft und NGOs (z. B. Beratungsstellen) zusammensetzen und ca. zweimal pro Jahr zusammentreffen. Die Finanzierung und Ressourcen sollten von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Im Frauenbeirat sollen Gemeindevorhaben unter dem Frauenblickwinkel diskutiert und Empfehlungen ausgesprochen werden, die anschließend im Gemeinderat behandelt werden.

ARBEITSPLÄTZE UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN IN DER STADTGEMEINDE KLOSTERNEUBURG (STICHTAG 21.8.2007)¹²

Durch die Gestaltung der Gemeindeverwaltung und der Personalausgaben kann eine Gemeinde direkte Beschäftigungs- und Einkommenseffekte bewirken. So kann etwa durch Förderprogramme dafür gesorgt werden, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben und in ähnlichem Ausmaß Führungspositionen einnehmen. Derartige Maßnahmen sind auch ein Beitrag zur Reduzierung der Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern und zur Steigerung des Einflusses von Frauen auf politische Entscheidungen.

Die folgende Aufstellung zeigt jedoch, dass die Top-Führungspositionen in der Gemeindeverwaltung von Klosterneuburg ebenso wie im politischen Bereich trotz Frauenförderprogramm ausschließlich von Männern ausgeübt werden. Lediglich auf der mittleren Führungsebene im Bereich der Referatsleitungen sind auch Frauen anzutreffen, allerdings auch hier nicht in gleich hohem Ausmaß wie Männer.

In der obersten Führungsebene der Gemeindeverwaltung gibt es keine einzige Frau.

¹² Quelle: Aufstellung des Stadtamtsdirektors.

Tabelle 6: Dienststellen und Führungspositionen in der Gemeinde Klosterneuburg
Quelle: Stadtdirektion

	Gesamt	M	F	Anteil Frauen	
Gemeindebedienstete (Hoheitsverwaltung, ohne Krankenhaus)	386	222	164	42,5%	inkl. alle MitarbeiterInnen im Sonderurlaub, im Mutterschutz etc.
ReferatsleiterInnen sowie weitere Funktionsdienstposten inkl. Kontrollamt und Musikschule	23	15	8	35 %	Frauen leiten u. a.: Personalamt, Liegenschaftsverwaltung, Melde- und Wahlamt, Schul- und Kindergartenbereich, Haus- und Grundbesitz, Musikschule, Stadtmuseum
Abteilungsleiter inkl. Stadtdirektor	5	5	0	0 %	

RESUMEE: die obersten 25¹³ Führungspositionen in Politik und Verwaltung werden in Klosterneuburg mit einer einzigen Ausnahme ausschließlich von Männern eingenommen.

**WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK FÜR DIE GLEICHSTELLUNG
 VON FRAUEN UND MÄNNERN IN DER VERWALTUNG TUN?**

- Einen nach Geschlecht aufgeschlüsselten Dienstpostenplan erstellen, der auch Informationen über Einkommen, Zulagen, Teilzeit/Vollzeit etc. enthält
- Konkrete mittel- und langfristige Zielvorgaben setzen und kontrollieren bzw. zusätzliche Maßnahmen überlegen, falls keine Veränderungen im Sinne der Zielvorgaben stattfinden
- Entsprechende Maßnahmen setzen, um weibliche Führungskräfte zu fördern, z. B. im Rahmen der Personalentwicklung
- Bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugen – so lange bis die Führungspositionen paritätisch von Männern und Frauen eingenommen werden

3 KINDERBETREUUNGSANGEBOTE

Ziel: Überblick gewinnen über Angebote und Bedarf

In Klosterneuburg gibt es laut Kindergarten- und Schulfreierat der Gemeinde per Oktober 2006 folgende Angebote:

764 Kindergartenplätze in Landeskindergärten für 890 3-6-jährige Kinder. Das entspricht einem Angebot für ca. 86% aller Kinder in dieser Altersgruppe. Zum Zeitpunkt der Erhebung erhält jedoch jedes Kind, das angemeldet ist, tatsächlich einen Platz.

Insgesamt gibt es 102 Betreuungsplätze für 530 Kinder unter drei Jahren- und zwar 64 Plätze in privaten Einrichtungen und 38 Plätze bei Tagesmüttern, (hier auch vereinzelt auf Anfrage für Kinder unter einem Jahr). Das entspricht einem Angebot für ca. 19% aller Kinder dieser Altersgruppe. Für Kinder unter einem Jahr gibt es jedoch kaum Angebote (nur in Einzelfällen Tagesmütter). Es gibt bereits einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates für den Ankauf eines Grundstücks und die Errichtung eines Kindergartens mit zwei Gruppen sowie einer Tagesbetreuungseinrichtung mit 30 Plätzen für unter 3-jährige. Allerdings ist selbst bei dieser Einrichtung dieser Tages-

¹³ Bürgermeister, Vizebürgermeister, 12 Stadträte, sechs Ortsvorsteher, fünf Abteilungsleiter in der Verwaltung.

betreuungseinrichtung die Zielvorgabe für unter 3jährige noch nicht erreicht. Und: Kinderbetreuung für unter 3jährige ist wesentlich teurer als für 3-6jährige.

Die meisten Kinder wechseln daher ab ihrem 3. Geburtstag von einer privaten Betreuungseinrichtung in einen Landeskindergarten, da dieser insgesamt wesentlich kostengünstiger und bis 13h sogar völlig kostenlos ist.

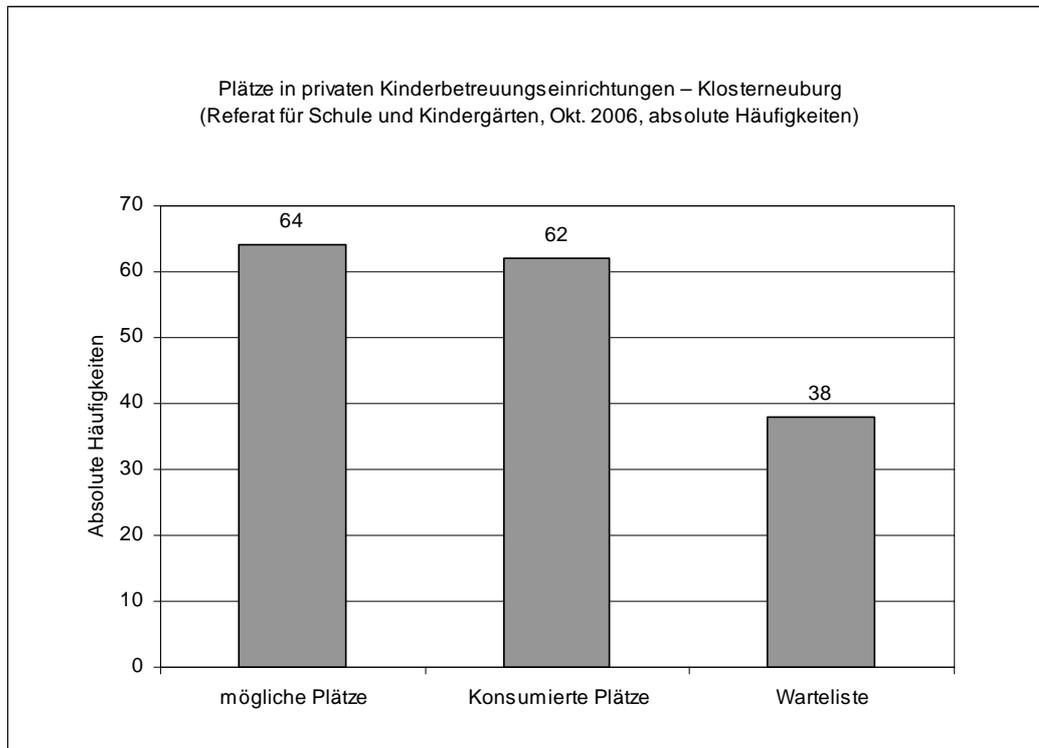


Abbildung 12. Betreuungsplätze für Kinder ab 1 Jahr in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen – Klosterneuburg (Kinderhaus der Volkshilfe, Kindergruppe Ich bin Ich, Kindergruppe Wasserfloh)
Quelle: Referat für Schulen und Kindergärten Klosterneuburg, Oktober 2006; absolute Häufigkeiten

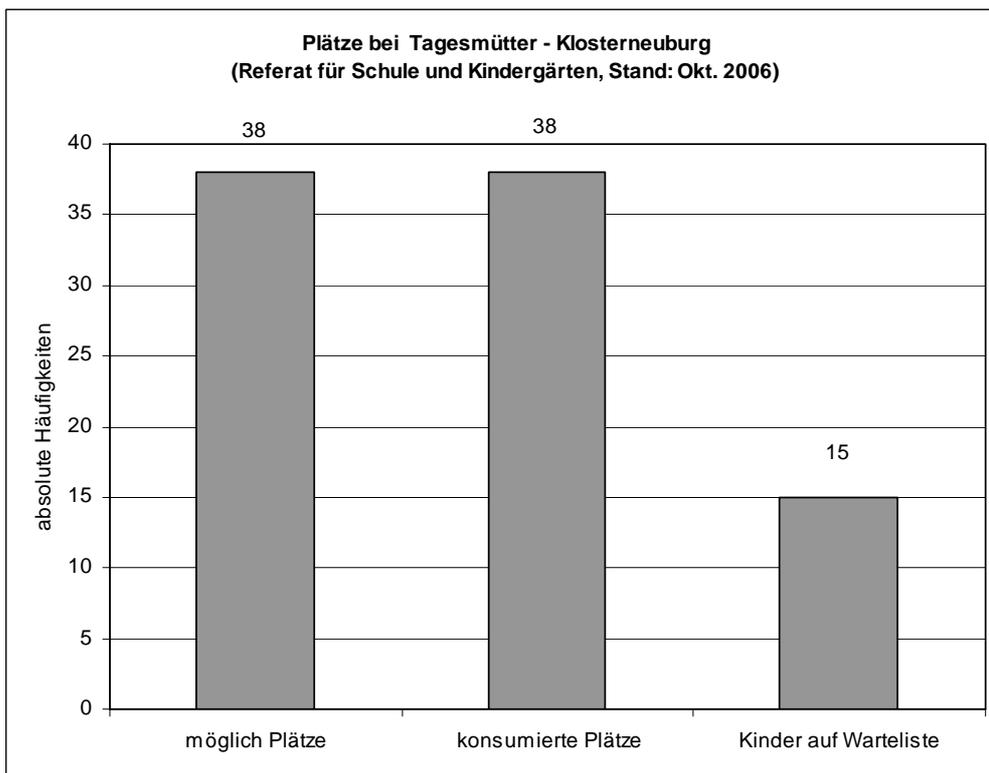


Abbildung 13: Tagesmütter in Klosterneuburg - für Kinder ab 1 Jahr
Quelle: Referat für Schulen und Kindergärten Klosterneuburg, Oktober 2006; absolute Häufigkeiten

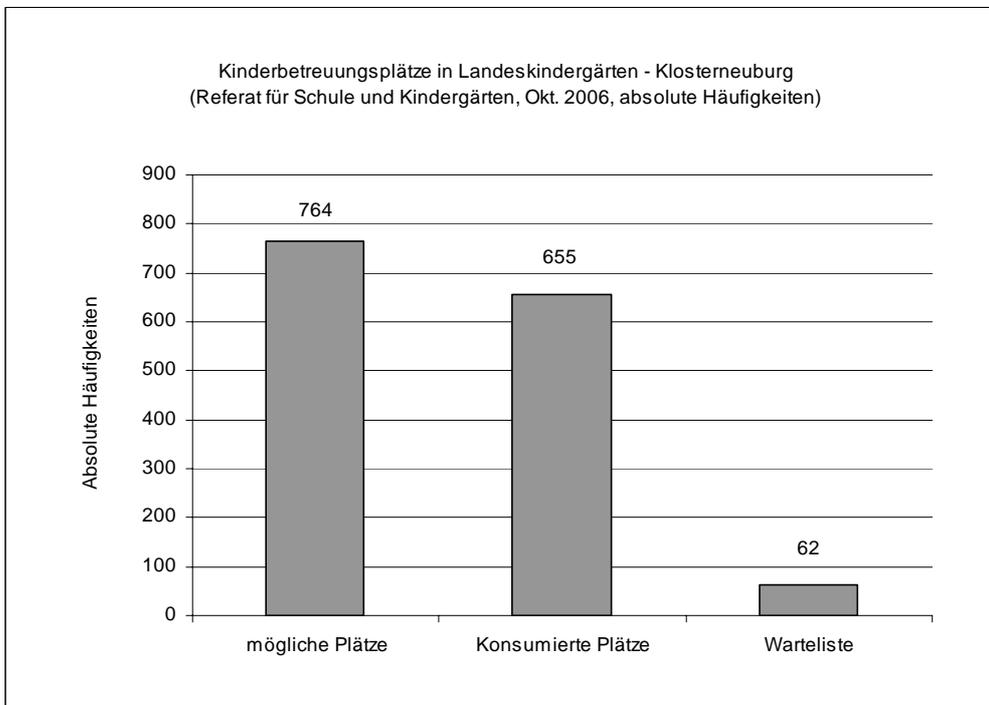


Abbildung 14: Kinderbetreuungsplätze in Landeskindergärten für Kinder ab 3 Jahren – Klosterneuburg
Quelle: Referat für Schulen und Kindergärten Klosterneuburg, Oktober 2006

Derzeit gibt es Plätze für alle angemeldeten Kinder ab 3 Jahren. Auf der Warteliste der Landeskindergärten stehen Kinder, die im Lauf des Jahres drei Jahre alt werden oder Kinder, die auf Wunsch der Eltern erst später einsteigen werden, jedoch bereits angemeldet wurden.

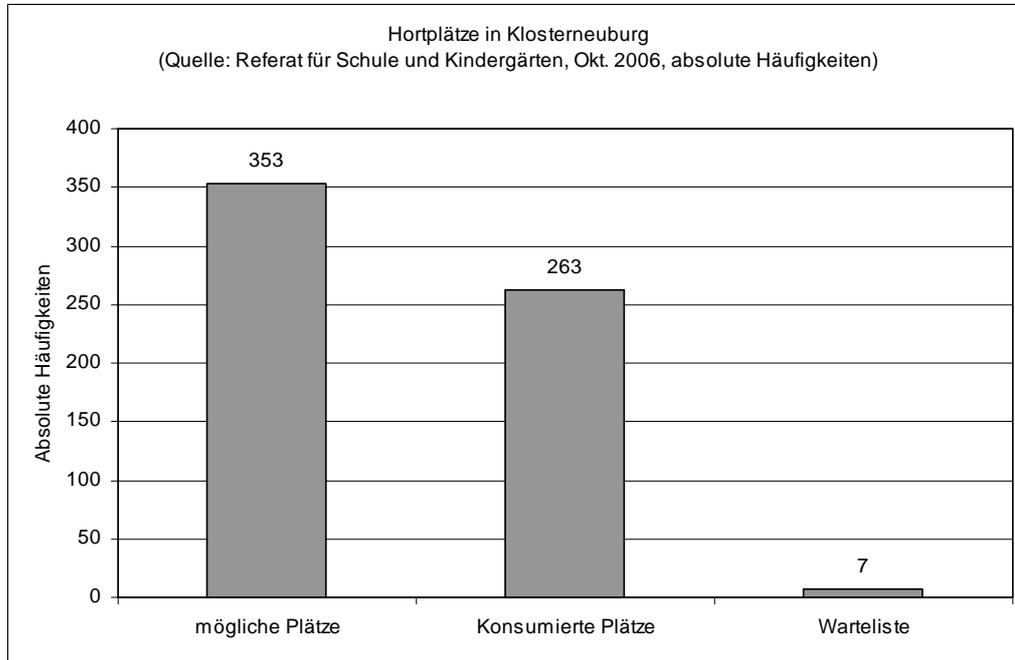


Abbildung 15: Hortplätze in Klosterneuburg
Quelle: Referat für Schulen und Kindergärten Klosterneuburg, Oktober 2006

KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN IM VERGLEICH

Tabelle 7: Kinderbetreuungseinrichtungen: Öffnungszeiten, Mittagessen, Kosten und Förderung durch die Stadt Klosterneuburg

Quelle: Referat für Schulen und Kindergärten Klosterneuburg, Oktober 2006

LANDESKINDERGÄRTEN					
	Gruppenanzahl	Öffnungszeiten	Mittagessen	Kosten	Förderung Klosterneuburg
KG. Anton Brucknergasse	4	7.00-16.00	In allen Landeskindergärten können die Kinder täglich um € 2,70 ein Mittagessen bekommen.	Bis 13h ist die Betreuung in Landeskindergärten kostenlos. Die Nachmittagsbetreuung kostet bei Inanspruchnahme von: 20 Stunden/Monat – € 30 / Monat 40 Stunden/Monat – € 50/ Monat 60 Stunden/Monat – € 70/Monat 80 Stunden/Monat – € 80/Monat Für Einkommensschwache gibt es bei der Nachmittagsbetreuung Ermäßigung durch das Land Niederösterreich	Die Stadt ist Kindergartenerhalter und finanziell verantwortlich für Gebäude, Kindergarten-Betreuerinnen und Stützkräfte. KindergärtnerInnen werden dagegen durch das Land finanziert. 1 Kindergartenplatz kostet pro Jahr € 2.100,-
Landeskindergarten					
KG. Höflein	1	7.00-14.00			
Landeskindergarten					
KG. Käferkreuzgasse	4	7.00-17.00			
Landeskindergarten					
KG. Kierling I	2	7.00-16.00			
Landeskindergarten					
KG. Kierling II	1	7.00-14.00			
Landeskindergarten					
KG. Kritzendorf	4	7.00-16.00			
Landeskindergarten					
KG. Langstögergasse	4	7.00-16.00			
Landeskindergarten					
KG. Maria Gugging	1	7.30-15.00			
Landeskindergarten					
KG. Markgasse	4	7.00-16.00			
Landeskindergarten					
KG. Rostockvilla	1	7.00-17.00			
Landeskindergarten					
KG. Weidling	4	7.00-16.00			
PRIVATE KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN					
	Gruppenanzahl	Öffnungszeiten	Mittagessen	Kosten	Förderung Klosterneuburg
Kinderhaus - NÖ Volkshilfe	2	7.00 - 16.30	€ 2,10	€ 300,- Vollzeit	
			€ 0,50 Jause	€ 204,- (7-12 h)	
				€ 150,- (2 Tage)	
				€ 219,- (3 Tage)	
Kindergruppe Wasserfloh	1	7.30-16.00 Mo-Do	Eltern kochen	€ 310,- Vollplatz	
		7.30-14.00 Fr	Selbst kochend		
Kindergruppe Ich bin Ich	2	8.00 - 15.00	Selbst kochend	€ 299,- Vollzeit	
				€ 265,- (8-13h)	
				Einschreibgebühr 200,-	
Summe					130.656,00
Tagesmütter					
	Insgesamt 38 Kinder	8-18h	€ 1,80 bis € 3	€ 2,70/ Stunde	€ 11.989,50

POSITIVE ASPEKTE

Kindergärten für 3-6 jährige sind in Niederösterreich grundsätzlich sehr **kostengünstig**. In Landeskindergärten ist die Vormittagsbetreuung bis 13.00h kostenlos, die Kosten für Nachmittagsbetreuung sind gestaffelt.

Die Versorgung von 3-6jährigen mit Kindergartenplätzen bis 16.00h ist sehr gut. Es gibt Plätze für 86% der Kinder in diesem Alter. Derzeit gibt es für alle Kinder, die angemeldet werden, auch einen Platz.

Auch das Angebot an Hort-Plätzen ist offenbar ausreichend. Im Hortbereich der Volks- und Hauptschulen gibt es sogar etwas mehr Hort-Kapazität als nachgefragt wird.

PROBLEMATISCHE ASPEKTE

Nach den Zielvorgaben der EU sollten 90% der 3-6jährigen und 33% der unter 3jährigen Kinder einen Kindergartenplatz haben. In der Altersgruppe der 3-6jährigen entspricht Klosterneuburg diesem Ziel.

Großen **Aufholbedarf gibt es dagegen bei den Kindern unter 3 Jahren** – derzeit stehen für sie lediglich 64 Plätze in zwei privaten Kinderbetreuungseinrichtungen und einem Kinderhaus der Volkshilfe sowie 38 Plätze bei Tagesmüttern zur Verfügung, das entspricht einem Angebot für ca. 19% der Kinder dieser Altersgruppe. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich eine lange Warteliste. Der Bedarf ist also offensichtlich vorhanden. Für Kinder unter einem Jahr gibt es überhaupt keine Betreuungsplätze, außer in Einzelfällen bei Tagesmüttern.

Ein weiteres Problem ist die **zeitlich zu sehr begrenzte Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten**. Derzeit besteht nur in zwei Landeskindergärten die Möglichkeit einer Betreuung bis 17.00h und bei den Tagesmüttern bis 18.00h. Die meisten Vollzeit-Jobs enden jedoch erst um 17.00h. Und auch Frauen mit Teilzeitjobs im Handelsbereich sind häufig nachmittags oder sogar abends und am Samstag erwerbstätig. Für sie ist das derzeitige Angebot nicht angemessen.

WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK ZUR VERBESSERUNG DER KINDERBETREUUNGSANGEBOTE TUN?

- Flexible Nutzung der Nachmittagsbetreuung in den Landeskindergärten zulassen, falls die personelle Kapazität dafür vorhanden ist
- Längere Nachmittagsbetreuung fördern
- Kinderkrippen schaffen und Plätze für unter 3jährige fördern, da hier großer Nachholbedarf besteht
- Qualität der Erwerbsarbeit von Frauen im Rahmen von Kinderbetreuung verbessern:
 - Gute Ausbildung von Tagesmüttern durch die geförderten Vereine
 - Anstellung und adäquate Bezahlung von Tagesmüttern (derzeit Entlohnung nur ca. 3,- Euro pro Stunde und Kind)
 - Aufwertung der Entlohnung der Arbeit von Kinderbetreuerinnen in Gemeinde-Kindergärten (derzeit im Landesgesetz geregelt)

4 KULTUR UND FREIZEIT: MUSIKSCHULE KLOSTERNEUBURG

Ziel: Sichtbarmachen, wie Mädchen und Buben die Angebote der Musikschule nutzen

In der Musikschule werden Kurse für 24 verschiedene Instrumente angeboten. Bei den Lehrenden überwiegen zwar Männer, es gibt jedoch auch eine hohe Anzahl von Lehrerinnen.

Für 10 Instrumente interessieren sich vor allem Mädchen, für 12 vor allem Buben. „Gleichstand“ gibt es bei Bratsche und Fagott. Mit Ausnahme der Posaune gibt es jedoch für alle Instrumente weibliche und männliche KursteilnehmerInnen. Die Angebote der Musikschule werden also von den KlosterneuburgerInnen sehr gut angenommen und insgesamt von 676 Personen genutzt, 385 Mädchen und 291 Buben – das entspricht mehr als 10% der Kinder und Jugendlichen unter 19 Jahren in der Klosterneuburger Wohnbevölkerung.

Die Musikschule kann demnach als wichtige Klosterneuburger Freizeit- und Kulturinstitution für Kinder und Jugendliche bezeichnet werden.

Aus diesem Grund sollte sie ein finanzieller Förderungsschwerpunkt der Gemeinde bleiben und weiter ausgebaut werden. Denn einerseits profitieren - im Gegensatz etwa zu Sportvereinen - hier Mädchen etwas mehr von diesem Angebot. Andererseits bildet die Musikschule offenbar auch für Buben eine attraktive Form der Freizeitbetätigung und stellt damit ein Angebot abseits des klassischen männlichen Rollenstereotyps dar.

Tabelle 8: Mädchendominierte Instrumente
 Quelle: Musikschule Klosterneuburg, Stand: März 2007

Instrumente	SchülerInnen gesamt	W	M	LehrerInnen gesamt	W	M
Klavier	174	116	58	11	6	5
Gitarre	125	80	45	4	1	3
Violine	71	46	25	4	3	1
Blockflöte	51	42	9	3	2	1
Querflöte	36	31	5	2	2	0
Sologesang	28	22	6	2	1	1
Violoncello	19	10	9	1	0	1
Akkordeon	17	13	4	1	1	0
Oboe	9	6	3	1	1	0
Harfe	8	7	1	1	1	0
Gesamt	538	373	165	30	18	12

Tabelle 9: Bubendominierte Instrumente
 Quelle: Musikschule Klosterneuburg, Stand: März 2007

Instrument	SchülerInnen gesamt	W	M	LehrerInnen gesamt	W	M
Schlaginstrument	26	2	24	1		1
Gitarre E	22	1	21	1		1
Saxophon	17	5	12	1		1
Trompete	17	5	12	2	1	1
Kontrabass	15	4	11	1		1
Klarinette	13	5	8	1		1
Klavier Jazz	13	5	8	2		2
Horn	11	2	9	1		1
Mallets	9	3	6	1		1
Bass E	8	2	6	1		1
Keyboard	6	1	5	2		2
Posaune	4		4	1		1
Gesamt	161	12	126	15	1	14

5 ARMUTSGEFÄHRDUNG, NOTSITUATIONEN, GEWALT GEGEN FRAUEN

Ziel: Notlagen von Frauen und Männern in Klosterneuburg und der Bedarf an Unterstützung sollen sichtbar gemacht werden.

ARMUT IN ÖSTERREICH

Wie nationale Berichte der Wohlfahrtsverbände und Sozialprojekte, aber auch europäische Dokumentationen belegen, stellen **Frauen in allen armutsgefährdeten Risikogruppen die Mehrheit der Betroffenen** dar: Erwerbslose, Menschen mit Behinderungen, die Gruppe der „working poor“ (Erwerbstätige mit einem Einkommen unterhalb der Existenzsicherung), Alleinerziehende, Jugendliche, Migrantinnen, Flüchtlinge, Menschen in der Lebensmitte und alte Menschen.

Die aktuelle Armutsgrenze in Österreich liegt bei 785,- Euro¹⁴. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Pro-Kopf-Einkommen bei unter 60% des österreichischen Medianeinkommens liegt. Für einen Einpersonenhaushalt entspricht das dem monatlichen Nettobetrag von 785,- Euro, weitere im Haushalt lebende Personen werden „gewichtet“ hinzugezählt¹⁵.

Armut ist im allgemeinen still, verschämt und besonders häufig weiblich.

Laut AK-Frauenbericht¹⁶ waren in Österreich 1999 und 2003 Frauen und Männer folgendermaßen von Armut betroffen:

Tabelle 10: Armutsgefährdung, akute und verfestigte Armut in Österreich
 Quelle: AK Frauenbericht 2006

	1999	2003
Armutsgefährdung	880.000	1.044.000
Männer	340.000	473.000
Frauen	500.000	571.000
Akute/verfestigte Armut	310.000	467.000
Männer	110.000	keine Daten vorliegend
Frauen	200.000	keine Daten vorliegend

Nach außen hin wird besonders von den betroffenen Frauen meist der Anschein „ordentlicher“ Lebensführung gewahrt, real aber sind arme Menschen in unserer Gesellschaft vom sozialen Leben (Weiterbildung, kulturelle Veranstaltungen, Kino, Besuch öffentlicher Lokale, Einladungen, Urlaub, ...) weitgehend ausgeschlossen, isoliert, verzweifelt und kaum in der Lage, sich aus dieser Situation zu befreien. **Ein Leben in Armut bedeutet permanenten Stress.** Unerwartete Ereignisse und Notfälle- wie etwa Rezeptgebühren oder auch Reparaturen - z. B. eine undichte Wasserleitung oder eine defekte Waschmaschine - können zu einem kaum bewältigbaren Problem werden. Die Gefahr einer Delogierung aufgrund von Miet-Rückständen ist ständig präsent. Soziale Kontakte werden

¹⁴ Statistik Austria (Hrsg.): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SIL C 2003 in Österreich. 2005.

¹⁵ Die Armutsschwelle in Österreich wird bei 60% des gewichteten Medianeinkommens festgelegt.

Lt. Sozialbericht des BMSG (2003) gelten folgende Beträge als Armutsschwelle:

- Einpersonenhaushalt: 785,- Euro
- 1 Erwachsene/r, ein Kind: 1.021,- Euro
- 1 Erwachsene/r, zwei Kinder: 1.257,- Euro
- 2 Erwachsene: 1.178,- Euro
- 2 Erwachsene, 1 Kind: 1.414,- Euro
- 2 Erwachsene, 2 Kinder: 1.649,- Euro

Aus: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2004). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003.

¹⁶ AK-Frauenbericht 1995-2005. Wien 2006, S. 43.

stark eingeschränkt, da das Geld nicht dazu reicht, Einladungen auszusprechen. Armut macht abhängig, isoliert, fördert Depression und behindert gesundheitsfördernde Aktivitäten. Meist empfinden Betroffene ihre Situation als selbst verschuldet und schämen sich dafür.

Die übermäßigen Risiken von Frauen, zu verarmen und arm zu bleiben, sind jedoch nur selten auf persönliches Versagen zurückzuführen, sondern vor allem auf gesellschaftliche Zusammenhänge, Arbeitsteilung und entsprechende Strukturen, die dazu führen, dass Frauen ein geringeres Einkommen haben als Männer, häufiger arbeitslos werden, niedrigere Arbeitslosenunterstützung und sehr niedrige Pensionen bekommen.

Die in den folgenden Tabellen angeführten Zahlen und die Statistik der Beratungsstelle zeigen: **auch in Klosterneuburg gibt es zahlreiche Menschen, die von Armut oder Gewalt betroffen sind und in existentiellen Not-situationen leben - mehrheitlich sind es Frauen.**

SOZIALHILFE-EMPFÄNGERINNEN IN ÖSTERREICH UND IN KLOSTERNEUBURG

Für armutsbetroffene Menschen gibt es als Unterstützung psychosoziale Beratung und die Möglichkeit von Sozialhilfe. Gerade letztere wird jedoch häufig nicht genutzt: die Anzahl der Personen, die trotz Notsituation und trotz eines Anrechtes auf Sozialhilfe diese nicht beantragen, ist hoch.

In einer Studie des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, die 2007 veröffentlicht wurde, wurde erstmals die Inanspruchnahme von Sozialhilfe in ganz Österreich empirisch überprüft. Diese Prüfung ergab, dass 50 bis 60% der Haushalte, denen Sozialhilfe zustände, diese nicht in Anspruch nehmen. Rund 143.000 Haushalte hätten Anspruch auf Sozialhilfe gehabt, aber nur 63.000 machten davon Gebrauch - 80.000 Haushalte haben im Jahr 2003 auf Sozialhilfe verzichtet.

Die häufigsten Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme sind:

- Scham – viele Menschen schämen sich für ihre Notlage und haben vor allem in ländlichen Gebieten Angst davor, dass sich durch ein Ansuchen ihr Problem „herumspricht“.
- Mangelhafte Information über Rechte und Regelungen
- Angst vor den Rückzahlungen, die verlangt werden sobald die betroffene Person wieder ein Einkommen hat - in Niederösterreich gibt es diese Regelung, die eine Armutsfalle darstellt. Sozialhilfe ist hier nichts anderes als ein günstiger Kredit.
- Vermeidung eines behördlichen „Zugriffs“ auf Einkommensverhältnisse

Ein Grund für die immer größer werdende Anzahl von armutsgefährdeten Personen liegt nach Angaben der Österreichischen Armutskonferenz in der Zunahme von prekären Jobs, mit daraus folgendem nicht-existenzsicherndem Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Die neuen „working poor“ erhalten von der Sozialhilfe „Richtsatzergänzungen“, um zu überleben. Während die Kurzaushilfen und die Unterstützungen für Notfälle steigen, sinken die Dauerunterstützungen - österreichweit von 42.000 auf 38.000 Personen. Weiters treffen die steigenden Lebenshaltungskosten bei Wohnen und Energie Menschen mit geringem Einkommen überproportional stark. Wohnen und Energie sind neben Ernährung die zentralen Ausgabenposten in Armutshaushalten.

Diese Entwicklung ist auch in Klosterneuburg zu beobachten. Sozialhilfeansuchen haben von 2004 bis 2006 kaum zugenommen, die Anzahl der Ansuchen für Unterstützung in Notfällen ist jedoch 2006 gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen. Dabei geht es vor allem um Zahlungsrückstände bei Miete und Energiekosten.

Der Sozialhilferichtsatz beträgt in Niederösterreich derzeit 501,30 Euro im Monat für Alleinstehende und 440,20 Euro für Hauptunterstützte. Hinzu kommen Miet-, Heiz- und Bekleidungsbeihilfen¹⁷.

¹⁷ Genaue Informationen sind z.B. im Internet zu finden: <http://www.noe.gv.at/service/GS/Gs5/Sozialhilferichtsaeetze.htm>.

SOZIALHILFEBEZIEHER/INNEN IN KLOSTERNEUBURG (Hilfe zum Lebensunterhalt): 2004 bis 2006

Die folgende Tabelle zeigt einen Anstieg der Sozialhilfebezieherinnen von 2004 bis 2006 und eine Reduktion der Anzahl der männlichen Ansuchenden. Die durchschnittliche Bezugsdauer ist von 8,17 auf 7,06 Monate gesunken.

Tabelle 11: Ansuchen um Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) 2004-2006
 Quelle: Sozialreferat Klosterneuburg

Jahr	Gesamt	M	F	durchschn. Dauer in Monaten	Alter							
					10-19	20-29	30-39	40-49	50-59	60-69	70+	
2004	99	48	51	8,17	M	1	16	8	7	10	5	1
					F	1	11	17	8	8	3	3
2005	105	42	63	7,5	M		9	7	12	8	4	2
					F		12	25	7	11	4	4
2006	104	44	60	7,06	M	1	8	8	10	8	6	3
					F		10	24	12	8	3	3

ANSUCHEN UM UNTERSTÜTZUNG IN NOTFÄLLEN - JÄNNER BIS MÄRZ 2007 UND 2006

Insgesamt gab es im Zeitraum Jänner bis März 2007 13 Ansuchen, von neun Frauen und vier Männern, im gesamten Jahr 2006 hingegen nur sieben Ansuchen von 5 Frauen und 2 Männern. Das bedeutet eine immense Steigerung, die auf oben genannte Gründe zurückgeführt werden könnte.

Tabelle 12: Ansuchen um Unterstützung in Notfällen (Jänner-März 2007)
 Quelle: Sozialreferat Klosterneuburg

Alter	Familienstand			Tätigkeit, Einkommen						Art der Schulden			
	Ledig	Verh.	Gesch.	Berufs- tätig	Karenz	Arbeits- los	Not- stands- hilfe	Haus- frau	Pen- sionist	Miet- rück- stände	Strom- rück- stände	Kauti- on f. Wg.	Unvor- herge- sehene Notfälle
F 22-49	3	3	3	2	2	2	1	2		3	4	1	1
M 49-62	4	-	-	1	-	2	-	-	1	-	3	1	-

Tabelle 13: Ansuchen um Unterstützung in Notfällen - 2006
 Quelle: Sozialreferat Klosterneuburg

Alter	Familienstand			Tätigkeit, Einkommen						Art der Schulden			
	Ledig	verh	gesch.	Berufs- tätig	Karenz	Arbeits- los	Not- stands- hilfe	Haus- frau	Pen- sionist	Miet- rück- stände	Strom- rück- stände	Kauti- on f. Wg.	Unvor- herge- sehene Notfälle
F 30-39	4	-	1	-	2	2	1	-	-	3	1	-	1
M 39-47	1	-	1	-	-	2	-	-	-	-	2	-	-

WOHNUNGSLOSIGKEIT IN KLOSTERNEUBURG

Im Zeitraum Jänner bis April 2006 waren in Klosterneuburg – soweit statistisch erfasst – 37 Erwachsene zwischen 20 und 78 Jahren von Wohnungslosigkeit bedroht bzw. betroffen, davon 24 Frauen. Mit betroffen waren darüber hinaus 13 minderjährige Kinder.

Die Anzahl der betroffenen Frauen erscheint hoch – denn die Erfahrung zeigt, dass es in diesem Bereich eine besonders große Dunkelziffer gibt. Frauen sind zumeist verdeckt wohnungslos, sie leben selten tatsächlich auf der Straße. Häufig kommen sie abwechselnd bei verschiedenen FreundInnen, Bekannten oder Verwandten unter und gestehen sich selbst nicht ein, dass sie im Grunde obdachlos sind und nur kurz befristete Mit-Wohnmöglichkeiten haben. Die existentielle Abhängigkeit der Frauen von den Wohnungsinhabern kann jedoch ein Nährboden für Gewalt sein.

Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) steigt besonders die Zahl wohnungsloser Frauen in Österreich immer mehr an. Die Hilfsangebote sind jedoch hauptsächlich an männlichen Bedürfnissen orientiert und werden nur selten von wohnungslosen Frauen angenommen. Lediglich 4% aller Hilfseinrichtungen für Wohnungslose sind speziell für Frauen ausgerichtet.

Tabelle 14: Von Wohnungslosigkeit betroffene Personen in Klosterneuburg
 Quelle: Statistik mehrerer Sozialinstitutionen¹⁸⁾

Betroffene Personen gesamt	37
Frauen	24
Männer	13
Davon	
Ehepaare	4
Betroffene minderjährige Kinder	13

Die Gründe des Wohnungsbedarfs/ der Wohnungslosigkeit lagen (nach Häufigkeit absteigend geordnet) in folgenden Bereichen:

- psychische Erkrankung
- geringes Einkommen
- Verschuldung
- Alkohol/ Sucht/ Krankheit
- Scheidung/ Gewalt in der Familie

¹⁸⁾ Die Daten stammen aus folgenden Einrichtungen:

- Beratungsstelle Klosterneuburg
- Schuldnerberatung NÖ
- BH-WU, Sozialabteilung
- PSD Klosterneuburg
- Verein für Sachwalterschaft
- Kindersozialdienste St. Martin

BERATUNGEN IN DER FAMILIEN- UND FRAUENBERATUNGSSTELLE KLOSTERNEUBURG¹⁹

Die Statistik der Familien- und Frauenberatungsstelle aus dem Jahr 2006 zeigt, dass diese Einrichtung von Frauen besonders häufig genutzt wird. Die Anliegen der Frauen betreffen vor allem die Bereiche Partnerschaft und Scheidung, Beruf und Arbeitslosigkeit, soziale und finanzielle Probleme, Gewalt und sexueller Missbrauch sowie Gesundheit.

Die Erfahrung von Frauenberatungsstellen in Österreich zeigt, dass die meisten Rat suchenden Frauen von mehreren dieser Probleme betroffen sind²⁰. So steigt etwa in Trennungsphasen die Gewaltgefährdung von Frauen, aber auch finanzielle und berufliche Probleme verstärken sich dadurch massiv, und all das kann sich natürlich negativ auf die Gesundheit auswirken. Da in Österreich jede 4. Frau von Gewalt betroffen ist und da Frauen aufgrund ihrer Hauptverantwortung für Familienarbeit und Kinderbetreuung meist beruflich zurückstecken und dadurch finanziell eingeschränkt bzw. vom Partner abhängig sind, ist eine professionelle und kostenlose Beratung und Begleitung in Krisensituationen für sie besonders wichtig.

Die Tatsache, dass 31 Frauen die Beratungsstelle wegen Gewalt und sexuellem Missbrauch aufgesucht haben, zeigt auch, dass eine Notwohnung für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, in Klosterneuburg sehr wichtig wäre.

Tabelle 15: Beratungen in der Familien- und Frauenberatungsstelle Klosterneuburg
 Quelle: Statistik der Beratungsstelle 2006

Familienberatung		
Beratungskontakte (telefonisch, per Email etc.)	662	
Beratene Personen:		
Männlich	57	15%
Weiblich	336	85%
Gesamt	393	100%
Davon bei Gericht BG Klosterneuburg ²¹ :		
Männlich	20	37%
Weiblich	34	63%
Gesamt	54	100%
Frauenberatung		
Beratungskontakte	233	
Persönlich beratene Frauen	86	
	Themen-Bereiche der. Frauenberatung	Anzahl
	Partnerschaft/Scheidung	78
	Beruf/Arbeitslosigkeit	44
	Soziale/finanzielle Probleme	42
	Gewalt/sex. Missbrauch	31
	Gesundheit	26
	Mädchen	12
AMS-geförderte Beratung: Beruflicher Wiedereinstieg für Frauen		
Persönliche beratene Frauen	Einzelberatung/ Jobcoaching	12
Beratungskontakte		64
Verein Initiative Frauenplattform gesamt		
Beratungskontakte		959
Persönlich beratene Personen		491

¹⁹ Adresse: Heißlergasse 5, 3400 Klosterneuburg, Tel.: 02243 / 381 18

E-mail: beratungsstelle.klosterneuburg@aon.at

Web: www.beratungsstelle-klosterneuburg.net

Persönliche Erreichbarkeit: Montag 9-10h und 19-21h, Freitag 9-11h und nach Vereinbarung.

²⁰ Quelle: www.netzwerk-frauenberatung.at.

²¹ speziell für Menschen vor, während und nach einer Scheidung, Jeden Dienstag 9-11h, BG Klosterneuburg, Zimmer 113

Die Beratungen sind generell kostenlos, Spenden nach finanzieller Möglichkeit jedoch willkommen. Die Beratungsstelle wird vom BM für Familien, vom BM für Frauen und vom AMS NÖ gefördert. Die Stadtgemeinde Klosterneuburg stellt zwei Büroräume zur Verfügung.

Insgesamt arbeiten vier Frauen mit (verschiedenen Projekten und Aufgabenbereichen zugeordnet), aufgrund der geringen finanziellen Ausstattung jedoch nur auf Honorarbasis.

WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK ZUR REDUZIERUNG DER ARMUTS- UND GEWALTGEFÄHRDUNG VON FRAUEN BEITRAGEN?

- Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für Familienarbeit:
 - Ausbau von zeitlich flexiblen und leistbaren Betreuungsangeboten für Kinder, Jugendliche, Alte und Kranke – da deren Betreuung immer noch vor allem „Frauensache“ ist
 - Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, um die Mobilität von Frauen und Kindern zu erhöhen
 - Anreize für Unternehmen schaffen, die gut bezahlte Arbeitsplätze auch für Frauen bieten
- Finanzierung einer Notwohnung für Gewaltopfer
- Projekte zur Sensibilisierung von ÄrztInnen und PflegerInnen für Anzeichen von Gewaltbetroffenheit bei Patientinnen und Kindern (ein Gewaltpräventionsprojekt ist bereits angelaufen und wird auch für LehrerInnen und KindergärtnerInnen durchgeführt. Finanziert wird es vom Bundeskanzleramt/ Sektion Frauen, koordiniert über die Beratungsstelle und das Frauenreferat der Stadtgemeinde Klosterneuburg)
- Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die Familien- und Frauenberatungsstelle

6 SUBVENTIONSVERGABE AN VEREINE

Eines der Ziele von Gender Budgeting in Gemeinden ist eine ausgewogene Subventionsvergabe. Bei der Vereins-Förderung soll darauf geachtet werden, dass die Angebote und Vereinsstrukturen von beiden Geschlechtern gleichmäßig genutzt werden oder dass insgesamt gleich viele Vereine gefördert werden, die vorwiegend von Frauen oder von Männern genutzt werden.

Um einen Überblick über die Gender-Strukturen in Klosterneuburger Vereinen zu gewinnen, wurde von der Frauenstadträtin Martina Enzmann an alle Vereine ein Fragebogen verschickt, in dem um Informationen zur Verteilung von Frauen und Männern bei Vorstandsfunktionen, als Mitglieder, bezahlte und ehrenamtliche MitarbeiterInnen sowie als NutzerInnen ersucht wurde. Von den insgesamt 102 Vereinen haben 33 diesen Fragebogen mehr oder weniger vollständig ausgefüllt zurückgeschickt.

Aufgrund der begrenzten Rückmeldungen ist es schwierig, allgemeine Interpretationen abzuleiten.

GENDER-STRUKTUREN IN VEREINEN UND SUBVENTIONEN (Quelle: Fragebogenerhebung durch Stadträtin Martina Enzmann 2007)

Vereinsname (Kurzbezeichnung)	Obmann/Obfrau		Obm.-Stv.		KassierInnen		Kass.-Stv.		SchriftführerInnen		Schriftf.-Stv.		Bezahlte FunktionärInnen und MitarbeiterInnen		Ehrenamtliche MitarbeiterInnen		Mitglieder		Durchschnittl. Anz. d. aktiven NutzerInnen des Vereins pro Monat						Subvention d. Gemeinde Klosterneuburg		
	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀		Klbg	
EKTC	1		1		1				1		1		1				20								10		0,00
Freunde Haus Gugging	1			1	1												240										2.000,00
EV HS Hermannsschule		1		1		1		1		1		1				7	110										
Danube Dragons	1		2		1			1	1		1				40	35	220	60	20	30	140	20	60	10		2.000,00	
Turn-Sportunion		1		1		1				1				5		4		51	19	17			2	13			
Kinderfreunde Bezirk KLBG	1			1	1			1		1		1			10	15											
ASKÖ KLBG	1		1			1		1		1		1			10	20											
Kinderfreunde Kierling		1		1	1			1		1		1			10	15											
Mährisches Museum		1	1	1		1		1		1		1			4	10	210										
Kierlinger Gymnastikrunde		1		1		1				1				1		4		15						15		360,00	
ÖTK	1		1		1			1	1			1			10	10	230		10	20	10	10	40	60		2.500,00	
PV Klbg*	1		1	1		1		1		1		2			4	10	44	105								850,00	
Chor Weidling	1		1	1		1		1		1		1	1				12	28									
Stadtchor		1	1			1			1			1	1		4	9	33	38								1.200,00	
KTV Tennis	1			1	1			1		1					15	15	300	220	15	15	60	30	180	180			

Grundsätzlich sollten öffentliche Förderungen Frauen bzw. Mädchen und Männern bzw. Buben gleichermaßen zugute kommen. Um diese Zielsetzung umzusetzen, braucht es zunächst aussagekräftige Informationen darüber, wer gegenwärtig besonders von den Subventionen profitiert. Daher sind Informationen über MitarbeiterInnen in Vereinen sowie Mitglieder und NutzerInnen mit den Daten über öffentliche Subventionen an diese Vereine zu verknüpfen. Langfristig könnten im jährlichen Subventionsbericht diese Informationen dargestellt werden, um Transparenz und eventuelle Änderungen in der Subventionsvergabe unter Gendergesichtspunkten zu ermöglichen.

**WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK ZUR GESCHLECHTERGERECHTEN
 FÖRDERUNG VON VEREINEN BEITRAGEN?**

Empfehlung der Gender-Budgeting-Arbeitsgruppe

In Zukunft sollten in das Formular für Subventionsansuchen von Vereinen mit Angeboten im Kinder-, Jugend- und Freizeitbereich folgende Fragen zu den Gender-Strukturen des Vereins eingebaut werden:

	Weiblich	Männlich
Vorstandsmitglieder		
Geschäftsführung		
Bezahlte MitarbeiterInnen		
Ehrenamtliche MitarbeiterInnen		
Mitglieder		
NutzerInnen unter 10 Jahren		
NutzerInnen zwischen 10 und 18 Jahren		
NutzerInnen ab 19 Jahren		

Dadurch soll die Situation in subventionierten Vereinen transparent gemacht werden. Grundsätzlich sollten z. B. Sport- oder Kultur-Vereine motiviert werden, Aktivitäten und Programme anzubieten, an denen Mädchen und Buben bzw. Frauen und Männer in ähnlichem Ausmaß teilnehmen.

7 MOBILITÄT UND VERKEHR

Ziel: Optimierung des öffentlichen Verkehrs

In der Broschüre „Gender Mainstreaming und Mobilität in Niederösterreich“ wird die geschlechtsspezifische Form der Mobilität und Nutzung von Verkehrsmitteln untersucht, denn:

„Mobilität ist immer eingebettet in die bestehenden Geschlechterverhältnisse unserer Gesellschaft, das bedeutet, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, mit den strukturellen Rollenzuweisungen von Versorgungs-, Haus- und Reproduktionsarbeit immer Einfluss auf die Mobilität der Menschen hat. Je nachdem wie der Alltag einer Person organisiert ist, welche Arbeiten und Tätigkeiten eine Person im Alltag zu erledigen hat, gibt es Unterschiede bei den Wegen, der Verkehrsmittelwahl und der Fortbewegungsart.“

An der Haus- und Familienarbeit sind Frauen und Männer noch immer nicht ausgewogen beteiligt. Die Verantwortung für die Haus- und Familienarbeit liegt in unserer Gesellschaft trotz veränderter Rollenaufteilungen in manchen Familien nach wie vor bei den Frauen. In ihrer ‚Freizeit‘ betreiben Frauen ein eigenes ‚Ser-

vice-Institut' – sie kümmern sich um hilfsbedürftige Familienangehörige, Mütter verbringen viel Zeit mit Bring- und Holddiensten, u. a. weil sie um die Sicherheit ihrer Kinder im Straßenverkehr fürchten. Dabei werden die einzelnen Ziele zu ‚Wegekettten‘ verknüpft – auf dem Weg zur Arbeit wird das Kind in den Kindergarten gebracht und das Altglas entsorgt, auf dem Weg zur Oma eingekauft und das Paket zur Post gebracht etc²².“

Auch der höher werdende Anteil von älteren Menschen sowie von Menschen mit besonderen Bedürfnissen bzw. Behinderungen und chronischen Krankheiten in der Wohnbevölkerung erfordert Maßnahmen, welche die Abhängigkeit vom Auto reduzieren.

Zentrale Ergebnisse der niederösterreichischen Mobilitätserhebung 2003

- Bei Personen über 50 Jahren haben deutlich weniger Frauen einen Führerschein als Männer
- Über 80% der weiblichen Ein-Personen-Haushalte besitzen kein Auto - besonders Frauen über 65
- Frauen legen besonders häufig kurze Wegstrecken zurück
- Der Alltag von Müttern – auch wenn sie erwerbstätig sind – ist meist rund um Begleitwege der Kinder organisiert, mit unterschiedlichen Fortbewegungsmitteln
- 11% der Frauen, jedoch nur 5% der Männer verrichten regelmäßig Bring- und Abholdienste
- 22% der Frauen, jedoch nur 12% der Männer erledigen Einkäufe
- Der Hauptzweck der zurückgelegten Wege von Männern ist in erster Linie Erwerbsarbeit (40%) und in zweiter Linie Freizeitaktivitäten (21%)
- Mehr Männer als Frauen sind mit dem Auto unterwegs
- Frauen legen vor allem werktags 41% ihrer Wege umweltschonend zurück, Männer dagegen nur zu 35% – zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Dieser Unterschied ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger zu Fuß gehen

Als erster Schritt, der zur Anpassung von öffentlichen Verkehrsmitteln an die Bedürfnisse von Kindern führen könnte, wurde im Rahmen des Gender Budgeting Projekts eine Fragebogenerhebung durchgeführt, an der die Klosterneuburger Volks- und Hauptschulen teilnahmen. Insgesamt wurden Fragebogen an 916 VolksschülerInnen und 321 HauptschülerInnen ausgeteilt. 713 von ihnen haben den Fragebogen ausgefüllt zurückgebracht.

Dabei stellte sich heraus, dass

- ... 30% der Kinder den Fahrplan nicht lesen können
- ... 40% der Kinder am Morgen für ihren Schulweg einen Autobus benützen und 43% mittags oder nachmittags, nach Unterrichtsende
- ... 23% der Ansicht sind, dass der Autobus mit dem Unterrichtsbeginn nicht gut koordiniert ist,
- ... und 36% meinen, dass die Koordination mit dem Unterrichtsende nicht gut abgestimmt ist

²² Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten, die Umweltberatung (Hrsg.): Gender Mainstreaming und Mobilität in Niederösterreich, 2004.

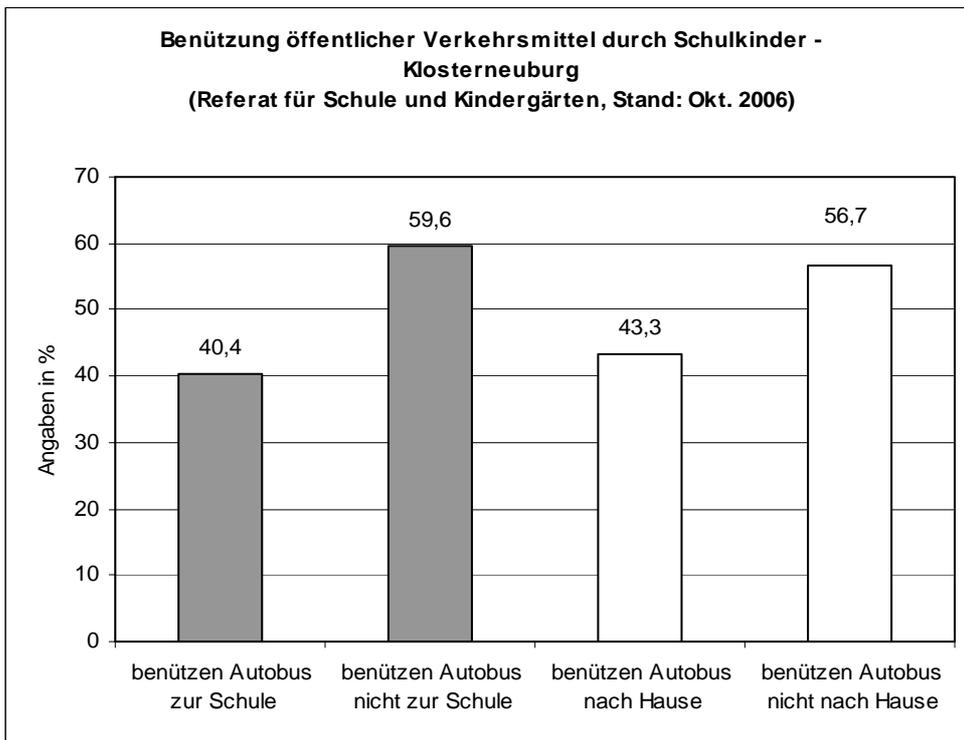


Abbildung 17: Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch Schulkinder in Klosterneuburg
 Quelle: Fragebogenerhebung von Direktorin L. Hauk und Gemeinderätin B. Vitovec, März 2007

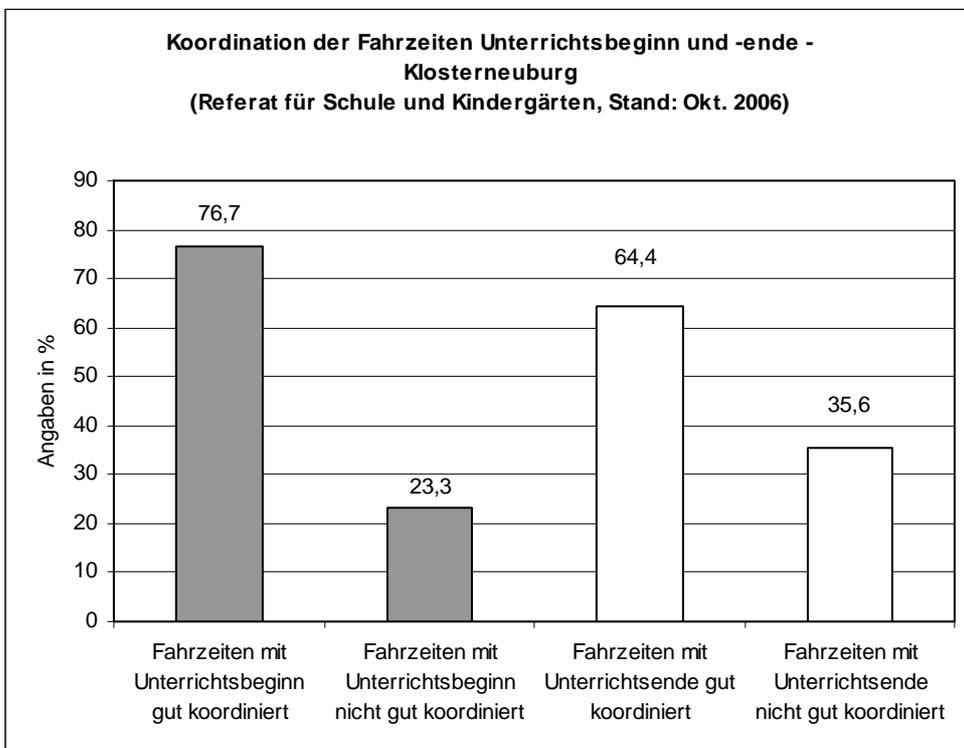


Abbildung 18: Koordination der Fahrzeiten mit Unterrichtsbeginn und -ende in Klosterneuburger Schulen
 Quelle: Fragebogenerhebung (siehe oben) März 2007

WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK ZU EINER GESCHLECHTERGERECHTEN VERKEHRSPANUNG BEITRAGEN?

- Öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsplanung an die Bedürfnisse von Frauen und Kindern anpassen – hinsichtlich Zeit, Frequenz, Haltestellen und Preis. Wenn Kinder „Öffis“ problemlos nutzen können, werden Eltern, vor allem jedoch Frauen entlastet: die Kinder müssen nicht zwischen zu Hause und Schule hin- und her begleitet werden. Dies wäre auch im Sinne des Klimaschutzes positiv.
- Gehwege an die Bedürfnisse von Frauen und Kindern anpassen und entsprechend gestalten, da Frauen und Kinder mehr zu Fuß gehen und häufiger kurze Wege erledigen
- Die örtliche Raum- und Verkehrsplanung auf kurze Wege ausrichten
- Gehen und Radfahren durch örtliche Verkehrsplanung attraktiv machen
- Im Rahmen der Raumplanung darauf Rücksicht nehmen, dass der Anteil an alten Menschen in der Wohnbevölkerung immer höher wird. Vor allem Frauen ab 65 sind bereits heute auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, denn sie haben besonders häufig weder einen Führerschein noch ein Auto. Wichtig wäre daher etwa die Ausweitung der Streckennetze von Autobussen und Sammeltaxis.

8 KRANKEN- UND ALTENBETREUUNG

Kranken- und Altenbetreuung ist in zweifacher Hinsicht ein geschlechtsspezifisches Thema: einerseits sind die meisten pflegenden Personen Frauen; andererseits sind besonders viele Frauen, wenn sie alt sind, auf Alten- oder Pflegeheime sowie auf mobile Dienste angewiesen.

Ein Grund dafür ist die höhere Lebenserwartung von Frauen, welche dazu führt, dass wesentlich mehr Frauen im Alter verwitwet sind. Verstärkt wird dies noch dadurch, dass Männer bei der Eheschließung im Durchschnitt etwa vier Jahre älter sind als die Frauen. Weiters kommt hinzu, dass Scheidungen im mittleren Lebensalter ansteigen und dass Männer häufiger als Frauen wieder heiraten – und zwar meistens deutlich jüngere Frauen – die sie später im Krankheitsfall häufig betreuen. All diese Faktoren führen dazu, dass wesentlich mehr Frauen als Männer in Ein-Personen-Haushalten leben - in Deutschland²³ beispielsweise waren es im Jahr 2002 42,3% der Frauen ab 60 Jahren, jedoch nur 15,6% der gleichaltrigen Männer.

Frauen sind im Alter jedoch nicht nur häufiger angewiesen auf mobile Dienste, sie verfügen auch über wesentlich weniger Geld als Männer: die durchschnittliche Alterspensionsleistung von Frauen lag in Österreich im Jahr 2004 lediglich bei 56% einer Männerpension²⁴. Im Jahr 2005 betrug der mittlere Pensionsbezug von Frauen 9.889 Euro brutto pro Jahr, jener von Männern 18.142 Euro²⁵. Und 71% der BezieherInnen von Ausgleichszulagen als Ergänzung zu besonders niedrigen Alterspensionen sind Frauen – d. h. sie müssen mit 690,- Euro monatlich auskommen²⁶. Diese Zahlen beziehen sich auf ganz Österreich, die Einkommenssituation von PensionistInnen in Klosterneuburg wurde nicht eigens erhoben.

²³ Vgl. Backes Gertrud/ Clemens Wolfgang: Lebensphase Alter. Eine Einführung in die wissenschaftliche Altersforschung. Weinheim/München 2003, S.44ff.

²⁴ AK Frauenbericht 1995-2005, S. 38.

²⁵ Quelle: Statistik Austria, Stand: 5. März 2007.

²⁶ AK Frauenbericht 1995-2005, S. 38.

Zur Klosterneuburger Situation²⁷:

In Klosterneuburg gibt es mehrere Alten- und Pflegeheime, welche von unterschiedlichen Organisationen betrieben werden:

Tabelle 16: Alten- und Pflegeheime in Klosterneuburg
 Quelle: Sozialamt Klosterneuburg, Statistik Austria, 2006

Art der Einrichtung	Betreiber-Organisation	Anzahl der möglichen Plätze	Anzahl der konsumierten Plätze	Personal
NÖ Landespflegeheim Agnesheim	NÖ Landesregierung	111	108	61
Alten- und Pflegeheim Kritzendorf	Konvent der barmherzigen Brüder	266	266	109
Pensionisten- und Pflegeheim Weidling	Caritas	195	148	75
Alten- und Pflegeheim Marienheim Klosterneuburg	Betriebsges.m.bH.	60	59	30
Geriatrizentrum Klosterneuburg Martinstraße	MA der Stadt Wien	223	221	265

Weiters wurde im Haus Klosterneuburg der Caritas Wien 2003 ein geriatrisches Tageszentrum eingerichtet, in dem 2006 fünf externe und 18 interne Personen betreut wurden (Startförderung 2003 20.000,- Euro, erhält dzt. keine Förderung der Stadtgemeinde).

Außerdem betreut der Hospizverein St. Martin unheilbar Kranke in ihrer letzten Lebensphase. 2006 erhält der Verein eine Förderung von 7.000,- Euro.

MOBILE ORGANISATIONEN

Von Caritas, Hilfswerk und Volkshilfe wurden 2005 insgesamt 28.793 Einsatzstunden in der Hauskrankenpflege geleistet. Durchschnittlich wurden 181 Personen pro Monat betreut. Die meisten von ihnen wurden zusätzlich auch von Familienangehörigen versorgt, nur wenige sind völlig alleinstehend. Die KundInnen für Hilfe und Pflege daheim gehören hauptsächlich den Jahrgängen 1910 bis 1930 an, die ältesten sind aus den Jahrgängen 1905 und 1908.

Essen auf Rädern wird seit mehr als 30 Jahren von der Pfarre St. Martin organisiert. Die Speisen werden in der Krankenhausküche zubereitet und von Freiwilligen zugestellt. Täglich werden so 120 bis 150 Personen mit frisch gekochtem Essen versorgt.

Essen auf Rädern erhält eine jährliche finanzielle Förderung von 3.700,- Euro.

Tabelle 17: Organisierte Hilfe und Pflege daheim (Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Therapie)
 Quelle: Erhebung durch das Sozialreferat Klosterneuburg und Gemeinderätin E. Schlerith, 2006

Organisation	KundInnen		Personal		Leitung		Vorstand		Vorsitz		Förderung
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	
Volkshilfe	36	32	11			X	6	8	1	2	13.104,-
Caritas	35	23	9		X						8.088,-
Hilfswerk	112	41	20		X		9	5	2	1	26.808,-
Familienreferat der Stadtgemeinde	36	16			X						
Gesamt	219	96	40	0			15	13	3	3	48.000,-

²⁷ Dieser Teil des Kapitels stellt hauptsächlich die Zusammenfassung eines Referates von Gemeinderätin Elisabeth Schlerith, dar.

FÖRDERUNG DER HAUSKRANKENPFLEGE DURCH DIE GEMEINDE KLOSTERNEUBURG

Die Stadtgemeinde fördert die Hauskrankenpflege jährlich mit insgesamt 48.000 Euro. Dieser Betrag wird auf die drei Organisationen nach erbrachter Leistung aufgeteilt (Personal, Einsatzstunden, Anzahl der Dienstautos, gefahrene Kilometer, betreute Personen werden dabei bewertet). Weiters wird jährlich ein Betrag von 3.700 Euro für die Anschaffung eines neuen Dienstautos veranschlagt – diesen erhält die Organisation, die ein neues Dienstauto benötigt. Insgesamt beträgt die Förderung demnach 51.700,- Euro.

Darüber hinaus gibt es in Klosterneuburg insgesamt 10 PensionistInnen- und SeniorInnen-Vereine, drei davon sind kirchliche Organisationen. Sie organisieren u. a. Ausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Besuchsdienste und Seniorjahren.

Das Fördervolumen für die SeniorInnen-Vereine beträgt jährlich 4.500 Euro und wird nach Anzahl der Mitglieder verteilt (2006 gab es 830 Mitglieder).

Ein beliebtes Angebot der Stadt Klosterneuburg sind SeniorInnen-Ausflüge. Daran nahmen 2006 808 Personen teil. Die Kosten dafür betrugen 32.913,- Euro.

PROGNOSEN für 2020

In Niederösterreich und dem Bezirk Wien-Umgebung wird bis 2020 eine Zunahme der über 60jährigen um ca. 22,5% erwartet. Die Anzahl an Pflegeplätzen in Heimen wird vermutlich nur geringfügig steigen, der Bedarf an seniorInnengerechten Wohnungen und für betreutes Wohnen wird jedoch zunehmen.

Es gibt einige interessante Projekte zur Generationenzusammenführung, z. B. Häuser der Generationen, in denen gezielt mehrere Generationen gemischt werden sollen – z. B. durch Altersheim und Kindergarten unter einem Dach.

WAS KANN DIE GEMEINDEPOLITIK ZU EINER POSITIVEN LEBENSSITUATION VON SENIOR/INN/EN BEITRAGEN?

Verstärkte Förderung von:

- mobilen Diensten
- seniorInnengerechtem Wohnbau
- generationenübergreifenden Projekten
- Vereinen, die zusätzliche Leistungen zur Unterstützung der Pflege anbieten, wie Sterbebegleitung, Besuchsdienste etc. – da hier hauptsächlich ehrenamtlich gearbeitet wird, jedoch ein Mindestmaß an professioneller Hilfestellung nötig ist.
- seniorInnengerechter Verkehrsplanung – z. B. Erweiterung des Streckennetzes von Stadtbus und Anrufsammeltaxi

ZUSAMMENFASSUNG – MÖGLICHKEITEN VON GESCHLECHTERGERECHTER BUDGETGESTALTUNG UND EMPFEHLUNGEN DER GENDER BUDGETING-ARBEITSGRUPPE

In den Workshops wurde besprochen, was eine Gemeinde grundsätzlich zur geschlechtergerechten Budgetgestaltung beitragen kann. Darüber hinaus wurden gemeinsam einige Empfehlungen formuliert. Die wichtigsten Ergebnisse sind wie folgt zusammengefasst:

PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

- **Extrem geringer Frauenanteil bei Führungspositionen in Gemeindepolitik und Gemeindeverwaltung** – nur eine der 25 obersten Führungspositionen ist von einer Frau besetzt
- **Hohe Anzahl von Menschen über 70 Jahren** (derzeit ca. 10% der Wohnbevölkerung) und besonders hoher Frauenanteil in dieser Gruppe: in Niederösterreich und dem Bezirk Wien-Umgebung wird bis 2020 eine Zunahme der über 60jährigen um ca. 22,5% erwartet. Die Anzahl an Pflegeplätzen in Heimen wird vermutlich nur geringfügig steigen, der **Bedarf an seniorInnengerechten Wohnungen, an leistbaren mobilen Diensten und für betreutes Wohnen wird jedoch zunehmen, ebenso wie die Notwendigkeit seniorInnengerechter Verkehrsplanung.**
- **17,3% der Familien in Klosterneuburg sind Alleinerziehende** – gerade sie sind besonders stark armutsgefährdet und brauchen Unterstützung – vor allem durch zeitlich flexible Kinderbetreuungsangebote, die ihnen ermöglichen, einer Erwerbstätigkeit nach zu gehen, von der sie auch leben können. Auch für unter 3jährige Kinder müsste es demnach mehr und vor allem leistbare Angebote geben.
- In Klosterneuburg – ebenso wie in ganz Österreich – hat **beinahe jede 3. Frau, jedoch nur jeder 12. Mann einen Teilzeit-Arbeitsplatz oder eine geringfügige Beschäftigung.** Das hängt mit der Hauptverantwortung von Frauen für Familien- und Hausarbeit zusammen. Das Problem bei dieser Art der Arbeitsteilung ist die hohe Abhängigkeit vom erwerbstätigen Ehemann und im Scheidungsfall die hohe **Armutsgefährdung.** Dabei geht es nicht um Einzelfälle: in Niederösterreich wurde 2006 fast jede 2. Ehe geschieden, die Scheidungsrate betrug 48,22% (Quelle: Statistik Austria).
- **Kinderbetreuung:** Nach den Zielvorgaben der EU sollten 90% der 3-6jährigen und 33% der unter 3jährigen Kinder einen Kindergartenplatz haben. In der Altersgruppe der 3-6jährigen entspricht Klosterneuburg diesem Ziel. Großen Aufholbedarf gibt es dagegen bei den Kindern unter drei Jahren – derzeit stehen für sie lediglich 64 Plätze in zwei privaten Kindergruppen und einem Kinderhaus der Volkshilfe sowie 38 Plätze bei Tagesmüttern zur Verfügung, das entspricht einem Angebot für ca. 19% der Kinder dieser Altersgruppe. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich eine umfangreiche Warteliste. Der Bedarf ist also offensichtlich vorhanden. Für Kinder unter einem Jahr gibt es überhaupt keine Betreuungsplätze, außer in Einzelfällen bei Tagesmüttern. Ein weiteres Problem ist die zeitlich zu sehr begrenzte Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten. Nur in zwei Landeskindergärten gibt es die Möglichkeit einer Betreuung bis 17.00h und bei den Tagesmüttern bis 18.00h. Die meisten Vollzeit-Jobs enden aber erst um 17.00h. Frauen mit Teilzeitjobs im Handelsbereich sind häufig nachmittags oder sogar abends und am Samstag erwerbstätig. Für sie ist das derzeitige Angebot nicht angemessen.
- **Armut:** Große Steigerung von Ansuchen beim Sozialamt um Unterstützung in Notfällen
- **Wohnungslosigkeit:** nach Angaben von Sozialeinrichtungen waren 2006 37 Personen in Klosterneuburg wohnungslos, davon 24 Frauen sowie zusätzlich 13 mit betroffene Kinder
- **Anpassung der Öffis an Bedürfnisse von Schulkindern** ist laut Fragebogenerhebung nicht optimal.

POSITIVE ASPEKTE

- **Kinderbetreuung:** Kindergärten in Niederösterreich sind grundsätzlich sehr **kostengünstig**. In Landeskinder- gärten ist die Vormittagsbetreuung bis 13.00h kostenlos, die Kosten für Nachmittagsbetreuung sind gestaffelt, Ermäßigungen sind möglich.
- **Die Versorgung von 3-6jährigen mit Kindergartenplätzen bis 16.00h ist sehr gut.** Es gibt Plätze für 86% der Kinder in diesem Alter. Derzeit bekommen alle Kinder, die angemeldet werden, einen Platz.
- **Auch das Angebot an Hort-Plätzen ist ausreichend.** Im Hortbereich der Volks- und Hauptschulen gibt es sogar etwas mehr Hort-Kapazität als nachgefragt wird.
- **Großes Angebot an Plätzen in Pflegeheimen sowie an mobilen Diensten**
- Die **Musikschule!** Sie ist eine wichtige Freizeit- und Kulturinstitution, die von mehr als 10% der Kinder und Jugendlichen in Klosterneuburg genutzt wird.

EMPFEHLUNGEN

WAS KANN DIE GEMEINDE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG EINES GESCHLECHTERGERECHTEN BUDGETS TUN?

Einsetzung eines Frauenbeirats

Dieser Beirat soll außerhalb der Gemeindeverwaltung angesiedelt sein und soll sich – etwa nach dem Beispiel der Gemeinde Mödling - aus Gemeinderätinnen aller Parteien bzw. Fraktionen sowie Vertreterinnen der Sozialpartner- schaft und NGOs (z. B. Beratungsstellen) zusammensetzen und ca. zweimal pro Jahr zusammentreffen. Die Fi- nanzierung und Ressourcen sollten von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Im Frauenbeirat sollen Ge- meindevorhaben unter dem Frauenblickwinkel diskutiert und Empfehlungen ausgesprochen werden, die anschlie- ßend im Gemeinderat behandelt werden.

Maßnahmen zur Erhöhung des Frauen-Anteils in allen gemeindepolitischen Funktionen

- Positive Beispiele von politisch aktiven Frauen verbreiten
- Frauennetzwerke stärken
- Frauen als Gemeinderätinnen „anwerben“, etwa durch Seminare speziell für Frauen und Mädchen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, etwa zu folgenden Themen:
 - Wie kann ich in der Gemeinde etwas verändern?
 - Welche Aufgaben haben GemeinderätInnen?
 - Wie werde ich Gemeinderätin?
 - Welche Aufgaben haben Ausschüsse?
 - Wie lese ich das Gemeindebudget?
- Seminare für Frauen als Führungskräfte

Maßnahmen für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung

- Einen nach Geschlecht aufgeschlüsselten Dienstpostenplan erstellen, der auch Informationen über Einkom- men, Zulagen, Teilzeit/Vollzeit etc. enthält
- Konkrete mittel- und langfristige Zielvorgaben, z.B. zur Erhöhung der Frauenanteile in Führungspositionen, setzen und laufend kontrollieren bzw. ergänzende Maßnahmen überlegen, falls dennoch keine positive Ver- änderung eintritt
- Entsprechende Maßnahmen setzen, um weibliche Führungskräfte zu fördern, z.B. im Rahmen der Personal- entwicklung

- Bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugen – so lange bis die Führungspositionen paritätisch von Männern und Frauen eingenommen werden

Maßnahmen zur Reduzierung der Armuts- und Gewaltgefährdung von Frauen

- Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für Familienarbeit:
 - Ausbau von zeitlich flexiblen und leistbaren Betreuungsangeboten für Kinder, Jugendliche, Alte und Kranke – da deren Betreuung immer noch vor allem „Frauensache“ ist.
 - Ausbau kostengünstiger öffentlicher Verkehrsmittel, um die Mobilität von Frauen und Kindern zu erhöhen
 - Anreize für Unternehmen schaffen, die gut bezahlte Arbeitsplätze auch für Frauen bieten
- Finanzierung einer Notwohnung für Gewaltopfer
- Projekte zur Sensibilisierung von ÄrztInnen und PflegerInnen für Anzeichen von Gewaltbetroffenheit bei Patientinnen und Kindern (ein Gewaltpräventionsprojekt ist bereits angelaufen und wird auch für LehrerInnen und KindergärtnerInnen durchgeführt. Finanziert wird es vom Bundeskanzleramt/Sektion Frauen, koordiniert über die Beratungsstelle und das Frauenreferat der Stadtgemeinde Klosterneuburg)
- Erweiterung der finanziellen Unterstützung für die Beratungsstelle

Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote

- Flexible Nutzung der Nachmittagsbetreuung in den Landeskindergärten zulassen falls die personelle Kapazität dafür vorhanden ist
- Längere Nachmittagsbetreuung fördern
- Kinderkrippen schaffen und Plätze für unter 3jährige fördern, da hier großer Nachholbedarf besteht und diese Plätze derzeit wesentlich teurer sind als Kindergartenplätze für 3-6jährige
- Qualität der Erwerbsarbeit von Frauen im Rahmen von Kinderbetreuung verbessern:
 - Gute Ausbildung von Tagesmüttern durch die Vereine
 - Anstellung und adäquate Bezahlung von Tagesmüttern (derzeit Entlohnung nur ca. 3,- Euro pro Stunde und Kind)
 - Aufwertung der Entlohnung von Kinderbetreuerinnen in Gemeinde-Kindergärten

Förderung der Musikschule als einer wichtigen Klosterneuburger Freizeit- und Kulturinstitution

Empfehlung: Sie sollte ein finanzieller Förderungsschwerpunkt der Gemeinde bleiben und weiter ausgebaut werden. Denn einerseits profitieren - im Gegensatz etwa zu Sportvereinen - hier Mädchen etwas mehr von diesem Angebot. Andererseits bildet die Musikschule offenbar auch für Buben eine attraktive Form der Freizeitbetätigung und stellt damit ein Angebot abseits des klassischen männlichen Rollenstereotyps an.

Maßnahmen zur geschlechtergerechten Förderung von Vereinen

Empfehlung: In Zukunft sollten in das Formular für Subventionsansuchen von Vereinen mit Angeboten im Kinder-, Jugend- und Freizeitbereich Fragen zu den Gender-Strukturen des Vereins eingebaut werden. Dadurch soll mehr Transparenz geschaffen werden. Grundsätzlich sollen z.B. Sport- oder Kultur-Vereine motiviert werden, Aktivitäten und Programme anzubieten, an denen Mädchen und Buben bzw. Frauen und Männer in ähnlichem Ausmaß teilnehmen.

Maßnahmen für SeniorInnen

Verstärkte Förderung von:

- mobilen Diensten
- SeniorInnengerechtem Wohnbau
- Generationenübergreifenden Projekten

- Vereinen, die zusätzliche Leitung zur Unterstützung der Pflege anbieten, wie Sterbebegleitung, Besuchsdienste etc. – da hier hauptsächlich ehrenamtlich gearbeitet wird, aber ein Mindestmaß an professioneller Hilfestellung nötig ist.
- seniorInnengerechter Verkehrsplanung – z.B. Erweiterung des Streckennetzes von Stadtbus und Anrufsammeltaxi

WIE GEHT ES WEITER? PERSPEKTIVEN UND WEITERE SCHRITTE

Im Rahmen der regulären Gemeinderatsarbeit sollten die vorliegenden Zahlen jährlich aktualisiert und veröffentlicht werden - z. B. Führungspositionen von Frauen in Politik und Verwaltung der Stadtgemeinde.

Vorschlag: der Finanzausschuss legt in Zusammenarbeit mit dem Frauenausschuss einen jährlichen Gender Budgeting-Bericht vor, in dem auf die vorgeschlagenen Maßnahmen und das Ausmaß ihrer Realisierung bzw. neue Pläne Bezug genommen wird. Falls ein Frauenbeirat gegründet wird, wird dieser Bericht dort besprochen.

DIE PROJEKT-VERANTWORTLICHEN

Dr.ⁱⁿ Marion BREITER

Pädagogin und Sozialwissenschaftlerin. Universitätslektorin für Frauen- und Genderforschung. Projektmanagerin beim Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Koordination von Projekten und Fortbildungen, derzeit mit den Schwerpunkten „berufliche Laufbahnberatung“ und „Equal Pay“. Forschungsprojekte und Publikationen im Rahmen des Forschungsinstituts SOFIA zum Problem „Gewalt gegen Frauen“ und zur Lebens- und Berufssituation von Frauen mit Behinderungen. Mitglied der Klosterneuburger BürgerInneninitiative PUK.

Martina ENZMANN

Seit 1999 bei den Grünen Klosterneuburg aktiv, von 2000 bis 2005 Gemeinderätin, seit 2005 Stadträtin für Frauen, Familie, Schule und Kindergärten.

Dr.ⁱⁿ Elisabeth KLATZER

Ökonomin/ Sozialwissenschaftlerin, Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien und an der Harvard University (Master of Public Administration/ Öffentliches Verwaltungsmanagement); Gender Mainstreaming Beauftragte im Bundeskanzleramt; wissenschaftliche Tätigkeit im Bereich feministische Ökonomie und Gender Budgeting; Mitglied der zivilgesellschaftlichen Initiative „Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen“, Projektarbeit im Bereich Gender Budgeting auf nationaler, lokaler, regionaler sowie europäischer Ebene. Zahlreiche Publikationen zum Thema.

LITERATUR UND LINKS

MATERIALEN ZU GENDER BUDGETING IN ÖSTERREICH

- Beigewum (Hrsg) (2002): Frauen Macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Verlag Mandelbaum. Wien. - Das Buch bietet eine fundierte Einführung zu Gender Budgeting und zeigt großteils die theoretischen Grundlagen des Konzeptes auf. Es ist zu beziehen über www.beigewum.at und im gut sortierten Buchhandel erhältlich.
- Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Klawatsch-Treitl, Eva/Neumayr, Michaela (2004): Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien. - Dieses Handbuch zeigt anhand von zahlreichen internationalen Beispielen, wie geschlechtergerechte Budgetgestaltung umgesetzt werden kann und gibt Anstöße und Motivation, um initiativ zu werden. Es ist zu beziehen über die Wirtschaftsuniversität Wien, Tel: 01/31 336/4515 oder Luise.Gubitzer@wu-wien.ac.at.
- Bundesministerium für Finanzen (2002, aktualisiert 2006), Ist das Österreichische Steuersystem tatsächlich „geschlechtsneutral“? Ergebnis eines Lohn- und Einkommensteuer-Vergleichs Männer-Frauen, Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming im BMF, www.bmf.at.
- Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hrsg^{innen}) (2004): Frauen und Budget. Frankfurt am Main. – Das Buch ist die Dokumentation einer Ringvorlesung an der Wirtschaftsuniversität Wien zum Thema Frauen und Budget. Der Sammelband umfasst sowohl Artikel, die den theoretischen Hintergrund und die Rahmenbedingungen von Gender Budgeting beleuchten, als auch Beiträge zur Analyse von ausgewählten Bereichen des Bundesbudgets aus der Geschlechterperspektive.
- Frauenbüro der Stadt Wien (2005): Gender Budgeting 2004. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Wien. Download unter: <https://www.wien.gv.at/ma57/forms/download.htm> - Dokumentation einer vom Frauenbüro der Stadt Wien veranstalteten Tagung Ende Dezember 2004, die sehr lesenswerte Beiträge zur Praxis von Gender Budgeting in der Schweiz und in Berlin enthält, ebenso wie einen Überblick über den Stand der Umsetzung von Gender Budgeting in Österreich und die Dokumentation von interessanten Diskussionsrunden zum Thema.
- Frauenbüro der Stadt Wien (2005): Gender Budget Pilotbezirk (Wien Meidling).
- Klatzer, Elisabeth/Neumayr, Michaela (2006), Das geschlechtergerechte Gemeindebudget. Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting auf kommunaler Ebene, edition zuDritt, Attnang-Puchheim. Zu bestellen bei: marco.vanek@gruene.at.

ALLGEMEINE UND INTERNATIONALE LITERATUR ZU GENDER BUDGETING

- AK-Frauenbericht 1995-2005, Angelo/ Moritz/ Pirklbauer/ Schlager/ Woltran/ Zuckerstätter: Arbeit, Chancen, Geld. Wien 2006.
- Bauer, Tobias/Baumann, Beat (1996), An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen, unveröffentlichte Studie des Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) im Auftrag des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste und der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten.
- BEIGEWUM (2002) (Hrsg.), Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Mandelbaum Verlag, Wien.
- Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Klawatsch-Treitl, Eva/Neumayr, Michaela (2004): Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien, Eigenverlag.
- Berlach-Pobitzer, Irene/ Schneider, Marietta/ Die Grünen Frauen Budget Arbeitsgruppe Gendergerechtigkeit: Engendering Budgets – Geschlechtergerechtigkeit durch öffentliche Haushaltspolitik fördern. Erste Analysen zu Wiener Bezirksbudgets. Wien 2004
- Berliner Initiative (2003), Was ist Gender Budgeting, Homepage über die "Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin", www.gender.de/budgets/startgb.htm.

- Berliner Landeskommission Gender Mainstreaming. Unterarbeitsgruppe Gender Budgeting (2003), Gender Budgeting Einführungsstrategie, 21. September 2003.
- Berliner Geschäftsstelle Gender Mainstreaming (2004), Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung (Pilotphase April 2003 bis März 2004), Download unter: http://www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender_gs/index.html
- Bundesministerium für Finanzen (2002, aktualisiert 2006), Ist das Österreichische Steuersystem tatsächlich „geschlechtsneutral“? Ergebnis eines Lohn- und Einkommensteuer-Vergleichs Männer-Frauen, Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming im BMF, www.bmf.at.
- Commonwealth Secretariat (o.J.a), Commonwealth Gender Budget Initiative: Integrating Gender into the National Budget, Information im Internet: www.thecommonwealth.org/gender/htm/whatwedo/activities/macroeconomic/.
- Commonwealth Secretariat (o.J.b), Commonwealth Gender Budget Initiative, Integrating Gender into National Budgetary Processes, Folienpräsentation, www.thecommonwealth.org/gender/index1.htm.
- Commonwealth Secretariat (2002), Gender-Responsive Budgets: A Review of Commonwealth Experiences, Unterlage für das Treffen der Commonwealth Finanzminister im September 2002, Dok. Nr. FMM(02)11, London. www.gender-budgets.org.
- Erbe, Birgit (2003), Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und für Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven, eine Untersuchung im Auftrag der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München, April 2003, München.
- Europäische Kommission (2003), Beratender Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern: Opinion on Gender Budgeting, Brüssel, Mai 2003, http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/strategy/advcom.html.
- Europäisches Parlament (2003), Report on gender budgeting – building public budgets from a gender perspective, A5-0214/2003 final, PE 331.543.
- Europarat (2005), Final Report of the Group of Specialists on Gender Budgeting, EG-S-GB (2004) RAP FIN, Strasbourg.
- Frauenabteilung der Stadt Wien (Hg.) (2005), Gender Budgeting. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Wien.
- Frauenrat und Gleichstellungsbüro Basel Stadt (2002), Gender-Balance – Equal Finance, Dokumentation einer Fachtagung von Frauenrat Basel-Stadt und Gleichstellungsbüro Basel-Stadt am 19.3.2002, Basel, http://www.frauenrat-bs.ch/temp/fr_00_05.htm#.
- Gleichstellungsbüro Basel-Stadt/Statistisches Amt/Frauenrat des Kantons Basel Stadt (2003) (Hg), Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen. Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt, Basel.
- Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Neumayr, Michaela (2006), Gender Budgeting in der Bundesverwaltung. Pilotstudie am Beispiel ausgewählter Teile des Drogenbudgets, Auftragsstudie des BMGF, Wien (bislang unveröffentlicht).
- Gubitzer, Luise / Trukeschitz, Birgit (Hg.innen) (2004): Frauen und Budget. Frankfurt/Main, Peter Lang Verlag.
- Himmelweit, Susan (o.J.), The need for gender impact analysis, Paper, Women's Budget Group, <http://www.unison.org.uk/polres/himmel.htm> (Download am 9.5.2001).
- Hofbauer Balmori, Helena (2003), Gender and Budgets: Overview Report, Bridge Cutting Edge Pack Serie, BRIDGE, Brighton, www.ids.ac.uk/bridge.
- Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin (2005): Kommentierung des Zweiten Berichts der Berliner Senatsverwaltung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, Berlin Juni 2005. Download unter: www.gender-budgets.de.
- Klatzer, Elisabeth (2002), Engendering Budgets. Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaftspolitik und ein zentrales Instrument einer umfassenden Gender-Mainstreaming Politik, in: Kurswechsel, 1/2002, Wien, 78-89.
- Klatzer, Elisabeth (2002), Engendering Budgets. Geschlechtergerechte Finanz- und Budgetpolitik, in Goldmarie oder Pechmarie. Feministische Ökonomie, AEP Informationen. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 29. Jahrgang, Nr. 4/2002, Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Innsbruck, 23-26.
- Klatzer, Elisabeth (2003a), Einfluss nehmen auf die Budgetpolitik! Internationale Initiativen und Erfahrungen mit Engendering Budgets, in: Fraktion Bündnis 90 (2003), 9-14.

- Klatzer, Elisabeth (2003b), Gender Budgets. Herzstück des Gender Mainstreaming, schriftliche Kurzversion eines Vortrages im Rahmen des Club Kanzleramt am 4. Dezember 2002, Bundeskanzleramt, Wien, www.imag-gendermainstreaming.at.
- Klatzer, Elisabeth (2003c), Und wo bleiben die Finanzen? Gender Budgeting als Herzstück von Gender Mainstreaming, in: Schacherl (2003), 107-128.
- Klatzer, Elisabeth (2003d): Geschlechtergerechtigkeit als Kernthema der Budget- und Wirtschaftspolitik: Theorie und Praxis von Engendering Budgets. Dissertation, WU Wien, http://epub.wu-wien.ac.at/dyn/virlib/diss/showentry?ID=epub-wu-01_671.
- Klatzer, Elisabeth (2004a), Einfluss nehmen auf die Budgetpolitik. Internationale Initiativen und Erfahrungen mit Engendering Budgets, in: Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hg.) (2004): Frauen und Budget. Frankfurt am Main.
- Klatzer, Elisabeth (2004b), Verankerung von Gender Budgeting in der Finanzverfassung, Textvorschläge, Unterlage zu Gender Budgeting, Österreich-Konvent, Dok. 527/A VORL-K, Ausschuss 10 (Finanzverfassung), 5. Sitzung, http://www.konvent.gv.at/portal/page?_pageid=905,678705&_dad=portal&_schema=PORTAL.
- Klatzer, Elisabeth (2005a), Geschlechtergerechte Budgetgestaltung – Gender Budgeting in Österreich. Überblick und Ausblick, in: Frauenabteilung der Stadt Wien (Hg) (2005), Gender Budgeting. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Wien.
- Klatzer, Elisabeth (2005b), Gender Budgeting: Ansätze geschlechtergerechter Budgetgestaltung & Erste Umsetzungsschritte in Österreich, Vortragsunterlage für die Enquete „Gender Budgeting – Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen“ am 15. Dezember 2004 in Wien, in: Frauenabteilung der Stadt Wien (Hg) (2005), Gender Budgeting. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Wien.
- Klatzer, Elisabeth (2005c), Finanzverfassung und Gender. Die Finanzverfassungsreform als emanzipatorisches Projekt?, in: Graf, Daniela/Breiner, Franz (Hg) (2005), Projekt Österreich. In welcher Verfassung ist die Republik?, Czernin Verlag, Wien.
- Klatzer, Elisabeth (2005d), Standardisierung und Qualitätssicherung von Gender Budgeting, in: BMGF (2005), Strategieentwicklung für eine geschlechtergerechte Budgetgestaltung, Tagungsband, Gender Budgeting Fachtagung am 25. April 2005, Wien, S 32-35.
- Klatzer, Elisabeth (2005e), Gender Budgeting als Herzstück effektiver Gender Mainstreaming Strategien, in: in: BMGF (2005), Strategieentwicklung für eine geschlechtergerechte Budgetgestaltung, Tagungsband, Gender Budgeting Fachtagung am 25. April 2005, Wien, S 56-60.
- Klatzer, Elisabeth/Neumayr, Michaela (2006), Das geschlechtergerechte Gemeindebudget. Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting auf kommunaler Ebene, edition zuDritt, Attnang-Puchheim.
- Madörin, Mascha (2005), Gender Budgeting: Einfach ist es in keiner Phase, aber machbar. Erfahrungen mit geschlechterrelevanten Analysen der Staatsausgaben in Basel und in Zürich, in: Frauenabteilung der Stadt Wien (Hg) (2005), Gender Budgeting. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Wien.
- Magistrat Stadt Wien (2005), Implementierung des Gender Budgeting in Wien, Beilagen zum Voranschlag 2006, 257-276.
- Petra Kelly Stiftung (2002), Gender Budget. Grundlagen, Hintergründe, Handlungsmöglichkeiten. Eine Einführung in die geschlechtergerechte Analyse und Gestaltung des Kommunalhaushaltes, Kommunalpolitische Schriftenreihe Nr. 8/September 2002, Bamberg, München.
- Reeves, Hazel/Wach, Heike (1999), Women's and gender budgets: an annotated resource list, BRIDGE, Bibliographie Nr. 9, Institute of Development Studies, Brighton, http://www.ids.ac.uk/bridge/reports_gend_ec.html.
- Schacherl, Ingrid (2003) (Hg), Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen, Sozial- und Kulturwissenschaftliche Studententexte, Band 8, Studia Universitätsverlag, Innsbruck.
- Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten und Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD (Hg) (1996), An den Frauen sparen? Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen, Kurzfassung einer wissenschaftlichen Studie.
- Sharp, Rhonda (2000b), The Economics and Politics of Auditing Government Budgets for their Gender Impacts, Hawke Institute Working Paper, Nr. 3, Magill, Australien <http://www.unisa.edu.au/hawke/institute/resources/Working%20paper%203.pdf>.

Sharp, Rhonda (2003), Budgeting for Equity. Gender budget initiatives within a framework of performance oriented budgeting, UNIFEM, New York.

LINKS

Homepage über die "Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin" mit einer guten Link- und Literaturliste: <http://www.gender.de/budgets>.

Eine Zusammenstellung internationaler Publikationen zu Gender Budgeting mit Länderstudien, Handbüchern etc., vorwiegend in englischer Sprache: <http://www.gender-budgets.org>.

Schweiz: Frauenrat der Stadt Basel (Pilotstudie „An Frauen Sparen“): <http://www.frauenrat-bs.ch/gender-budget/>

Webseite des europäischen Gender Budgeting Netzwerkes „European Gender Budgeting Network“: <http://www.infopolis.es/web/GenderBudgets/egbn.html>.

Informationen zum Thema Equal Pay: www.netzwerk-frauenberatung.at/klara

Website der Gesellschaft für politische Bildung: www.politischebildung.at